Jugendparlament 2008

70 Jahre Reichspogromnacht –

Jugend beschließt Resolution





Jugendparlament

07. November 2008





Dokumentation des Jugendparlaments 2008

Zum neunten Mal tagte am 7. November 2008 in unserem Haus das Jugendparlament. Aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht widmeten sich die 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vollständig dieser Thematik. Im Mittelpunkt stand die Verantwortung der Gesellschaft im Umgang mit dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte, und welche Erkenntnisse und Erfahrungen nehmen wir daraus mit, um im Alltag für Weltoffenheit, Toleranz und Demokratie einzutreten.

Mich hat beeindruckt, wie engagiert die Schülerinnen und Schüler ihre Standpunkte vertreten und sich mit den unterschiedlichsten Argumenten auseinandergesetzt haben. Es wurde deutlich: Die Fähigkeit zum Zuhören, der Mut, seine Überzeugungen öffentlich zu vertreten und die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen – das sind die wesentlichen Voraussetzungen für den Erfolg unserer Demokratie.

Vor allem haben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gezeigt, dass bei der jungen Generation viel Verständnis und Sensibilität sowohl für die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte als auch für die parlamentarischen Prozesse vorhanden ist. Insbesondere eine von den Schülerinnen und Schülern verfasste und verabschiedete Resolution mit dem Titel "Erinnern für Gegenwart und Zukunft – 70 Jahre Reichspogromnacht" ist Zeugnis einer außergewöhnlichen demokratischen und gesellschaftspolitischen Reife. Deshalb hoffe ich, dass Veranstaltungen wie das Jugendparlament nachwirken. Ich würde mich freuen, wenn diese Dokumentation dazu beitragen kann.

Wir alle können uns nur wünschen, dass sich junge Menschen dauerhaft in der Gesellschaft einbringen und Verantwortung übernehmen - in den Jugendorganisationen der Parteien, den Kirchen, den Gewerkschaften, den Vereinen oder einfach nur in den Schülervertretungen. Uns Ältere sehe ich in der Pflicht, Ihnen die Chance zu geben und offen zu sein für neue Ideen.

Die Demokratie, das sind wir alle! Suchen wir das Gespräch und tauschen wir uns über unsere Positionen aus. Aber bewahren wir immer den Respekt vor den Anderen und achten wir politische Ansichten auch dann, wenn wir sie nicht teilen.

lhr

Dieter Steinecke Präsident des Landtages

von Sachsen-Anhalt

Inhaltsübersicht

Teilnehmer

Geschäftsordnung

Sitzplan

Tagesordnung

Anträge

Beschlüsse

Stenografischer Bericht

Presse

Teilnehmer

Vorbereitungsworkshop am 24. Oktober 2008 Jugendparlament am 7. November 2008

Schulen

Landesschule Pforta

Schulstraße 12, 06628 Bad Kösen

Christina Baumbach

Julia Becker Sarah Bessert

Felix Boos

Maxi Casper

Hauke Dahl

Valerie Giesen

Philipp Guthoff

Thea Gutschke

Uta Helmecke

Sophie Hermanns Vincent Hesselmann

Jens-Oliver John Susanne Junghans

Wenzel Kiehne

Luisa Klauser

Saskia Klocke

Lea Kolb

Frederike Krieg

Julia Kummer

Sebastian Kussmann

Caroline Lange

Damaris Pastow

Max Reibert

Kimberley Reutter

André Schaab

Florian Scharf Maria Schnepper

Franziska Schwachheim

Thoralf Thamm

Henrike Vorwerk

Hilda Weit

Emilia Weiser

Gymnasium "Martineum" Halberstadt

Johannesbrunnen 34, 38820 Halberstadt

Richard Bartl

Maria Bauer Wilhelm Beckmann

Felix Behrens Benedictine Bolze

Friederike Büttcher

Julia Cych

Marcel Damm

Tina Dohrmann

Sebastian Eschner

Christine Gallun

Jennifer Hamburger

Lisa Janz

Olivia Karadimow

Kathleen Kruse

Christoph Lehmann

Anna Limpert

Paul Otto

Saskia Packebusch

Lisa Pust

Sebastian Richter

Sebastian Riethausen

Jessica Röber

Florian Rotter

Jaqueline Sattler

Marie Schrader

Annika Schumann

Jason Schürz

Oliver Seemann

Martha Sengteller

Philipp Sommer

Christopher Thees

Philipp v. Rauchhaupt

Robert Welsch

Sarah Wendt

Marvin Wiehle

Till Witschaß

Berufsbildende Schulen I Wirtschaft und Verwaltung "Eike von Repgow"

Lorenzweg 81, 39128 Magdeburg

René Aderhold Wiebke Krüger
Dmitry Aleksandrov Alexander Majewski
Zaka Ashraf Manuela Meyer
Karina Bretschneider Mario Möbes
Natalia Bukowska Maria Pelzer
Julija Dannenberg Kristin Pflugmacher

Tobias Ehlert
Jörg Gaßdorf
Franziska Gorecki
Julia Hanack
Daniel Heyer

Angie Polte
Christina Sacher
Melanie Schenk
Susann Schieke
Annemarie Schmalzl

Sophie Hoffmann Kevin Schulz Philip Kelm Giulio Tack Eric Konrad

Ludwigsgymnasium Köthen (Einzelbewerber)

Wallstraße 313, 06366 Köthen

Stefan Galjamov Robert Jarczyk

Mitglieder des Landtages

Fraktion der CDU

Dieter Steinecke

Dr. Gunnar Schellenberger

Fraktion der SPD

Petra Grimm-Benne

Dr. Gunnar Schellenberger Siegfried Borgwardt Frauke Weiß

Fraktion DIE LINKE
Wulf Gallert
Dr. Lydia Hüskens
Dr. Helga Paschke
Jutta Fiedler

Landesregierung

Gudrun Tiedge

Hans-Joachim Mewes

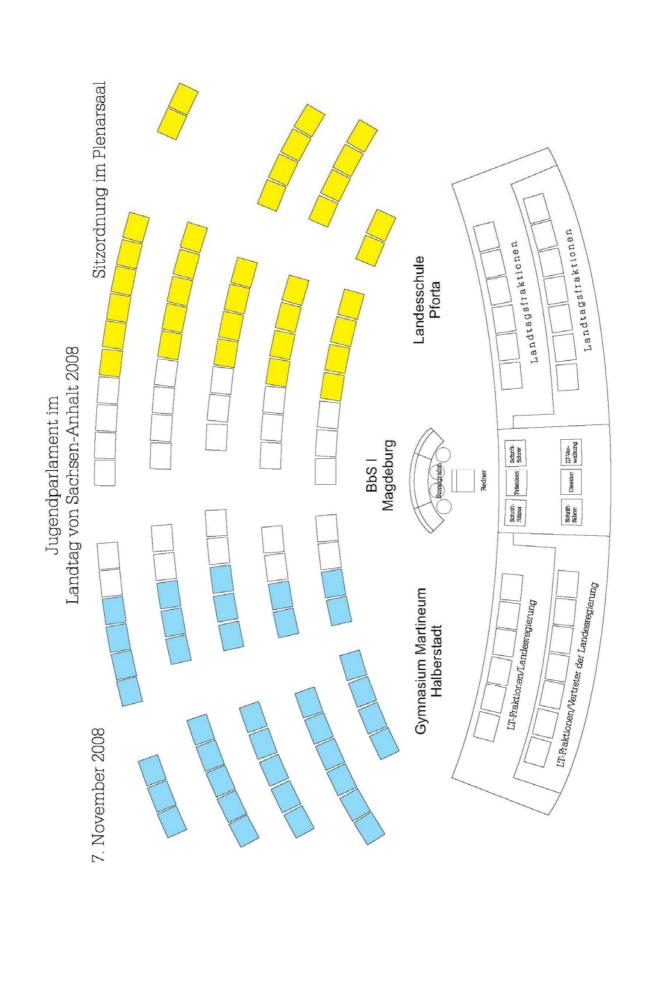
Rainer Robra, Staatsminister Dr. Gerlinde Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales Waltraud Schiemenz, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Jens Antefuhr, Kultusministerium Sabine Keßler, Kultusministerium

Geschäftsordnung für das Jugendparlament 2008 im Landtag von Sachsen-Anhalt

§ 1	Mitglieder des Jugendparlamentes, die derselben Schule angehören, bilden eine Fraktion.
§ 2	Änderungsvorschläge an den Drucksachen des Jugendparlamentes können von Fraktionen und von den Mitgliedern des Jugendparlamentes eingereicht werden.
§ 3	Das Jugendparlament verhandelt öffentlich.
§ 4	Die Sitzungen des Jugendparlamentes leitet der Landtagspräsident. Der Landtagspräsident und zwei Schriftführer bilden den Sitzungsvorstand.
§ 5	Der Landtagspräsident bestimmt die Reihenfolge der Redner.
§ 6	Es gilt eine Rededauer von maximal 5 Minuten.
§ 7	Das Jugendparlament stimmt über einen Antrag grundsätzlich unmittelbar nach Schluss der Aussprache über diesen Antrag ab.
§ 8	Das Jugendparlament beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Abgestimmt wird durch das Zeigen der Stimmkarte. Nach jeder Abstimmung gibt der Landtagspräsident das Ergebnis bekannt.
§ 9	Eine Resolution wird als Drucksache des Jugendparlamentes an die Mitglieder des Jugendparlamentes sowie an die Mitglieder des Landtages und die Mitglieder der Landesregierung verteilt.
§ 10	Der Landtagspräsident wahrt die Ordnung des Jugendparlamentes.
§ 11	Während der Sitzung des Jugendparlamentes auftretende Zweifel über

Auslegungen in Geschäftsordnungsangelegenheiten entscheidet der

Landtagspräsident.



Tagesordnung

für die Sitzung des Jugendparlamentes im Landtag von Sachsen-Anhalt am Freitag, dem 7. November 2008, 10.00 Uhr

in Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

I. Eröffnung (10.00 Uhr bis 10.30 Uhr, Plenarsaal)

- Begrüßung Landtagspräsident Dieter Steinecke
- Grußwort der Landesregierung Staatsminister Rainer Robra
- 3. Beschlussfassung zur Geschäfts- und Tagesordnung

II. Diskussionsforen (10.30 Uhr bis ca. 12.00 Uhr)

Forum Leitbild Raum B1 11

Forum Bildungsfahrten Raum B1 05

Forum Denkmäler Raum B0 05

III. Sitzungen der Fraktionen des Jugendparlamentes (12.00 Uhr bis 12.45 Uhr)

Gymnasium "Martineum" Halberstadt Raum B0 11

BbS I Magdeburg Raum A0 51

Landesschule Pforta Raum A2 41

IV. Plenarberatung (13.00 Uhr bis ca. 14.30 Uhr)

1. Beratung

Aus heutiger Sicht - Die Ergebnisse der Diskussionsforen

Drs. JP/2008/02

Berichterstatter aus den Diskussionsforen:

Redezeit: 5' je Jugendparlamentsfraktion

Reihenfolge: Landesschule Pforta

BbS I Magdeburg

Gymnasium "Martineum" Halberstadt

ggf. Statements der Fraktionen des Landtages und der Landesregierung (5')

ggf. Statements der Jugendparlamentsfraktionen

Beschlussfassung

2. Beratung

Resolution: Erinnern für Gegenwart und Zukunft - 70 Jahre Reichspogromnacht

Drs. JP/2008/03

Sprecherinnen/Sprecher der Jugendparlamentsfraktionen

Redezeit: 5' je Jugendparlamentsfraktion

Debattenreihenfolge: BbS I Magdeburg

Gymnasium "Martineum" Halberstadt

Landesschule Pforta

Beschlussfassung

3. Schlussbemerkungen des Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt

Antrag

Fraktion des Gymnasiums "Martineum" Halberstadt Fraktion der BbS I "Eike von Repgow" Magdeburg Fraktion der Landesschule Pforta

Aus heutiger Sicht - Die Ergebnisse der Diskussionsforen

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, die in diesem Antrag formulierten Ergebnisse aus den Diskussionsforen des Jugendparlaments am 7. November 2008 im Rahmen ihrer bildungspolitischen Ausrichtung zu berücksichtigen.

Begründung

Die drei Diskussionsforen des Jugendparlaments diskutierten über folgende Fragestellungen:

1. Sollte es grundsätzlich eine klare Stellungnahme aller Schulen zu Rassismus in Form eines Leitbildes geben?

Die Schule kann sich mit vielfältigen Mitteln und auf verschiedenen Wegen gegen Rassismus engagieren. Allein die Vermittlung von Wissen kann jedoch nicht Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ausräumen. Auch die aktive Haltung der Institution Schule gegenüber diesen Themen ist wichtig. Es muss das Ziel verfolgt werden, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stärken und zur Förderung einer demokratischen Schulkultur beizutragen. Dabei darf man sich jedoch nicht in gut gemeinten, hohlen Phrasen verlieren, wenn man wirklich etwas bewegen und erreichen will. Ein gemeinsam erarbeitetes Leitbild könnte dabei helfen. Ein Leitbild ist ein "Bild" einer angestrebten Zukunft, dass das Handeln und Entscheiden aller Akteure bestimmt. Dazu setzt man sich tiefer mit den Verhältnissen vor Ort auseinander und steckt mittel- und langfristige Ziele ab und bestimmt Maßnahmen zu ihrer Erreichung. Ist es also nötig, dass jede Schule ihr eigenes Leitbild, einen auf ihre eigenen Bedürfnisse abgestimmten Plan entwickelt, um Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam entgegenzutreten?

Ergebniszusammenfassung des Diskussionsforums

Das Diskussionsforum hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass es eine klare Stellungnahme aller Schulen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Form eines Leitbildes geben soll.

Dieses Leitbild soll auf der Basis der Freiwilligkeit aus der Mitte der Schülerschaft heraus entstehen.

Die Lehrerschaft soll in Form von pflichtgebundenen Informationsveranstaltungen bei der Schülerschaft für die Erstellung des Leitbildes werben. Die weitergehende Mitarbeit der Schülerschaft an Aktionen, die sich aus dem Leitbild ergeben, beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Für die Mitarbeit an der Ausgestaltung des Leitbildes in Form von besagten Projekten erhalten die Schüler eine Gratifikation in Form von Zertifikaten, welche jedoch keinesfalls notengebunden sind. Schulen mit einem Leitbild können sich, mit sich aus dem Leitbild ergebenden Projekten bei der Landesregierung um zweckgebundene Fördermittel bewerben.

Das Erstellungs- und Beschlussgremium für das Leitbild setzt sich drittelparitätisch aus Vertretern der Schülerschaft, der Lehrerschaft und der Elternschaft zusammen. Es wird empfohlen, eine Überprüfung und bei Bedarf Anpassung des Leitbildes alle 4 Jahre durchzuführen.

Außerdem empfiehlt das Forum die Einsetzung eines Leitbildkoordinators an jeder Schule, der der Schüler-, Lehrer- oder Elternschaft angehören kann.

2. Sollten Bildungsfahrten zu Gedenkstätten für alle Schüler zur Pflicht werden?

Erinnerung ist auf vielfältige Weise möglich, und auf vielfältige Weise ergeben sich dabei Missverständnisse und Schwierigkeiten. Daher sollte man Erinnerung lebendig werden lassen, Worte mit Bildern und Eindrücken belegen, die Menschen hinter den Fakten kennenlernen. All das kann bei Aktivitäten geschehen, die über den normalen Unterricht hinausgehen, die nachhaltig bei der Auseinandersetzung mit dem Nazi-Terrorregime wirken und dadurch gleichzeitig das Verständnis fördern. Solch eine Aktivität könnte der Besuch einer Gedenkstätte sein. Die Besichtigung einer KZ-Gedenkstätte kostet vielleicht Überwindung und löst Unbehagen aus. Diese Orte bieten jedoch in einzigartiger Weise die Chance der Konkretisierung von Erinnerung, authentische Orte, an denen Historisches anschaulich wird, an denen sich nachvollziehen lässt, was geschah. Ein Gedenkstättenbesuch ist leider kein Heilmittel gegen Gewaltbereitschaft, gegen Anfälligkeit für rechte Parolen, gegen rechtsradikale Gesinnung. Auf dem durch Anschauung am historischen Ort erworbenen Wissen könnte jedoch aufgebaut werden. Sollten daher Gedenkstättenbesuche für Schüler zur Pflicht werden?

Ergebniszusammenfassung des Diskussionsforums

Der Frage, ob Bildungsfahrten für alle Schüler zur Pflicht werden sollten, wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

Das wichtigste Argument war die Vermittlung von Wissen sowie die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. Um sämtliche Schüler zu erreichen, sollen Bildungsfahrten eine Pflichtveranstaltung im Lehrplan werden.

Die Argumente zur Durchführung waren:

- Interesse an Geschichte des eigenen Landes wecken,
- "Mitnehmen" von Desinteressierten bzw. falsch Informierten,
- Bekämpfung von Rechtsextremismus und anderen falschen Ideologien,
- Möglichkeit, eine unabhängige Meinung zu den Geschehnissen zu bilden,
- Abwechslung zum Schulalltag anhand von selbst erlebten Erfahrungen durch Zusammentreffen mit Zeitzeugen und Besuchen von Gedenkstätten,
- Förderung von Engagement,
- Bewusstes Gedenken und Erinnern, damit sich Teile der Geschichte nicht wiederholen.

Geklärt werden müsste die Finanzierung der Bildungsfahrten durch das Land sowie die Verpflichtung der Schulen zur Ausrichtung dieser Fahrten.

Zur Diskussion stand, ob lediglich das Angebot der Bildungsfahrten zur Pflicht werden sollte, oder auch die Teilnahme an solchen.

Grundsätzlich erforderlich ist eine intensive Vorbereitung innerhalb des Unterrichts. Bildungsfahrten sollen eine Erweiterung des Lehrplans darstellen und damit zur Pflicht werden, um Unwissenheit und undemokratischem, intolerantem Denken vorzubeugen.

3. Brauchen wir Denkmäler zum Erinnern?

Denkmäler können einem zum Nachdenken anregen, man kann bei ihnen Kränze niederlegen, an ihnen vorbeigehen, sie ignorieren oder sich über ihre künstlerische Gestaltung aufregen. Sieht man im Lexikon unter dem Stichwort "Denkmal" nach, erfährt man, dass ein Denkmal ein künstlerisch gestaltetes Objekt ist, welches mit dem Ziel geschaffen wurde, an ein geschichtliches Ereignis, einen Brauch oder eine historische Persönlichkeit öffentlich zu erinnern. Denkmäler sollen demnach Erinnerungen bewahren und diese für nachfolgende Generationen lebendig halten. Die Tatsache, dass es im Laufe der Geschichte immer wieder spektakuläre Denkmalstürze gab, zeigt die große Bedeutung, die Denkmälern als Symbolen zukommt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Denkmal noch eine zeitgemäße Form der Erinnerung ist. Brauchen wir heute, im digitalen Zeitalter, im Zeitalter von Internet und virtueller Wirklichkeit noch handfeste Plastiken, Skulpturen? Brauchen wir überhaupt noch Denkmäler?

Ergebniszusammenfassung des Diskussionsforums

Das Diskussionsforum hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass Denkmäler weiterhin notwendig sind. Grundsätzlich haben Denkmäler für uns eine mahnende Bedeutung. Ein Denkmal sollte folgende Ansprüche erfüllen:

- es sollte einen bleibenden Eindruck hinterlassen durch die Verdeutlichung von Dimensionen,
- es sollte eine Informationseinladung sein und die Möglichkeit zu Weiterbildung geben,
- es sollte k\u00fcnstlerisch/auff\u00e4llig gestaltet sein,
- es sollte zu Diskussionen und Reflexion anregen.

Bei der Planung neuer Denkmäler sollten die genannten Aspekte berücksichtigt werden.

Till Witschaß
Fraktionsvorsitzender
Gymnasium "Martineum"
Halberstadt

Rene Aderhold Fraktionsvorsitzender BbS I "Eike von Repgow" Magdeburg Felix Boos Fraktionsvorsitzender Landesschule Pforta

Resolution

Fraktion des Gymnasiums "Martineum" Halberstadt Fraktion der BbS I "Eike von Repgow" Magdeburg Fraktion der Landesschule Pforta

Erinnern für Gegenwart und Zukunft 70 Jahre Reichspogromnacht

Die Reichspogromnacht hat auch in unserer Zeit, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem 9. November 1938, für die heutige Jugend und für die zukünftigen Generationen weder an Bedeutung noch an Relevanz verloren. Mit dem Nationalsozialismus begann eine unvorstellbare Leidenszeit, die in Europa für sechs Millionen Juden in den Vernichtungslagern endete.

Diese Zeit ist für uns nicht bloß Geschichte oder eine Aneinanderreihung historischer Daten, sondern eine stete Mahnung, uns jederzeit gegen die erneute Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten sowie gegen Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen aktiv zu wehren. Nationalsozialismus ist somit kein historisch abgegrenztes Phänomen, sondern eine Ideologie, die uns heute lediglich in anderen Erscheinungsformen begegnet.

Aus dieser Erkenntnis resultierend fordern wir:

Das Bewusstsein für die Geschichte des Nationalsozialismus, seiner ideologischen Grundlagen und seiner Folgen muss gestärkt werden. Ziel muss es unter anderem sein, jungen Menschen eine selbstständige und kritische Analyse sowohl der historischen als auch der gegenwärtigen Formen nationalsozialistischen Gedankenguts zu ermöglichen. Dabei kommt insbesondere der in unterschiedlichen Lebensbereichen erfolgenden, vielfältig gestalteten Aufarbeitung eine grundlegende Bedeutung zu:

Wir fordern eine Verpflichtung der Schulen, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus im Unterricht durch weitere Angebote, die altersgerecht und unabhängig vom sozialen Umfeld der Schüler gestaltet werden müssen, z. B. Fahrten zu Gedenkstätten oder die Einbindung von Zeitzeugen zu ergänzen. Mindestens ein Gedenkstättenbesuch begleitend zum Deutsch- oder Geschichtsunterricht der Klassen 5 bis 10 und der Jahrgangsstufen 11 bis 13 sollte für alle Schüler zur Pflicht werden. Auch sollte die kritische Auseinandersetzung mit Originalquellen des Nationalsozialismus Bestandteil des Lehrplans sein.

- Wir appellieren an die Medien, verstärkt über Aktionen gegen Rechtextremismus aber auch über die Opfer rechtsextremer Handlungen zu berichten.
- Wir fordern eine Ausweitung der staatlichen Jugendsozialarbeit sowie eine verstärkte Förderung von demokratischen Jugendorganisationen.
- Wir erwarten neue Konzepte für die politische Bildung der Jugend wie zum Beispiel weitere Angebote der Direktkommunikation mit politischen Mandatsträgern, transparentere Arbeit politischer Organisationen, Genehmigung und Unterstützung demokratischer politischer Arbeit an Schulen, Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Dies soll nicht nur durch Schulen oder andere staatliche Einrichtungen, sondern auch in Zusammenarbeit mit Freizeit- und Jugendvereinen verwirklicht werden.

Grundbedingung für eine solche kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und rechtsextremem Gedankengut ist eine erweiterte Vermittlung von Demokratiekenntnissen sowie eine Stärkung des Demokratiebewusstseins der Jugend gerade in Zeiten des Politikverdrusses. Denn nur mit Hilfe eines demokratischen Systems können die Interessen von Mehrheiten und Minderheiten zu einem fairen Ausgleich gebracht und eine Ausgrenzung bestimmter Randgruppen verhindert werden. Mehr Demokratie- und rechtsstaatliches Bewusstsein in Kombination mit aktiver Zivilcourage tragen wesentlich dazu bei, dass sich Verbrechen wie die Reichspogromnacht nicht wiederholen - denn nur aufgeschlossene und selbstständige Bürger können der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten aktiv entgegentreten.

Till Witschaß
Fraktionsvorsitzender
Gymnasium "Martineum"
Halberstadt

Rene Aderhold Fraktionsvorsitzender BbS I "Eike von Repgow" Magdeburg Felix Boos Fraktionsvorsitzender Landesschule Pforta

Beschluss des Jugendparlamentes von Sachsen-Anhalt

Aus heutiger Sicht – Die Ergebnisse der Diskussionsforen

Das Jugendparlament hat in seiner Sitzung am 7. November 2008 folgenden Beschluss gefasst:

Die Landesregierung ist gebeten, die formulierten Ergebnisse aus den Diskussionsforen des Jugendparlaments am 7. November 2008 im Rahmen ihrer bildungspolitischen Ausrichtung zu berücksichtigen.

4. Sollte es grundsätzlich eine klare Stellungnahme aller Schulen zu Rassismus in Form eines Leitbildes geben?

Die Schule kann sich mit vielfältigen Mitteln und auf verschiedenen Wegen gegen Rassismus engagieren. Allein die Vermittlung von Wissen kann jedoch nicht Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ausräumen. Auch die aktive Haltung der Institution Schule gegenüber diesen Themen ist wichtig. Es muss das Ziel verfolgt werden, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stärken und zur Förderung einer demokratischen Schulkultur beizutragen. Dabei darf man sich jedoch nicht in gut gemeinten, hohlen Phrasen verlieren, wenn man wirklich etwas bewegen und erreichen will. Ein gemeinsam erarbeitetes Leitbild könnte dabei helfen. Ein Leitbild ist ein "Bild" einer angestrebten Zukunft, dass das Handeln und Entscheiden aller Akteure bestimmt. Dazu setzt man sich tiefer mit den Verhältnissen vor Ort auseinander und steckt mittel- und langfristige Ziele ab und bestimmt Maßnahmen zu ihrer Erreichung. Ist es also nötig, dass jede Schule ihr eigenes Leitbild, einen auf ihre eigenen Bedürfnisse abgestimmten Plan entwickelt, um Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam entgegenzutreten?

Ergebniszusammenfassung des Diskussionsforums

Das Diskussionsforum hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass es eine klare Stellungnahme aller Schulen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Form eines Leitbildes geben soll.

Dieses Leitbild soll auf der Basis der Freiwilligkeit aus der Mitte der Schülerschaft heraus entstehen.

Die Lehrerschaft soll in Form von pflichtgebundenen Informationsveranstaltungen bei der Schülerschaft für die Erstellung des Leitbildes werben. Die weitergehende Mitarbeit der Schülerschaft an Aktionen, die sich aus dem Leitbild ergeben, beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Für die Mitarbeit an der Ausgestaltung des Leitbildes in Form von besagten Projekten erhalten die Schüler eine Gratifikation in Form von Zertifikaten, welche jedoch keinesfalls notengebunden sind. Schulen mit einem Leitbild können sich, mit sich aus dem Leitbild ergebenden Projekten bei der Landesregierung um zweckgebundene Fördermittel bewerben.

Das Erstellungs- und Beschlussgremium für das Leitbild setzt sich drittelparitätisch aus Vertretern der Schülerschaft, der Lehrerschaft und der Elternschaft zusammen. Es wird empfohlen, eine Überprüfung und bei Bedarf Anpassung des Leitbildes alle 4 Jahre durchzuführen.

Außerdem empfiehlt das Forum die Einsetzung eines Leitbildkoordinators an jeder Schule, der der Schüler-, Lehrer- oder Elternschaft angehören kann.

5. Sollten Bildungsfahrten zu Gedenkstätten für alle Schüler zur Pflicht werden?

Erinnerung ist auf vielfältige Weise möglich, und auf vielfältige Weise ergeben sich dabei Missverständnisse und Schwierigkeiten. Daher sollte man Erinnerung lebendig werden lassen, Worte mit Bildern und Eindrücken belegen, die Menschen hinter den Fakten kennenlernen. All das kann bei Aktivitäten geschehen, die über den normalen Unterricht hinausgehen, die nachhaltig bei der Auseinandersetzung mit dem Nazi-Terrorregime wirken und dadurch gleichzeitig das Verständnis fördern. Solch eine Aktivität könnte der Besuch einer Gedenkstätte sein. Die Besichtigung einer KZ-Gedenkstätte kostet vielleicht Überwindung und löst Unbehagen aus. Diese Orte bieten jedoch in einzigartiger Weise die Chance der Konkretisierung von Erinnerung, authentische Orte, an denen Historisches anschaulich wird, an denen sich nachvollziehen lässt, was geschah. Ein Gedenkstättenbesuch ist leider kein Heilmittel gegen Gewaltbereitschaft, gegen Anfälligkeit für rechte Parolen, gegen rechtsradikale Gesinnung. Auf dem durch Anschauung am historischen Ort erworbenen Wissen könnte jedoch aufgebaut werden. Sollten daher Gedenkstättenbesuche für Schüler zur Pflicht werden?

Ergebniszusammenfassung des Diskussionsforums

Der Frage, ob Bildungsfahrten für alle Schüler zur Pflicht werden sollten, wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

Das wichtigste Argument war die Vermittlung von Wissen sowie die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. Um sämtliche Schüler zu erreichen, sollen Bildungsfahrten eine Pflichtveranstaltung im Lehrplan werden. Die Argumente zur Durchführung waren:

- Interesse an Geschichte des eigenen Landes wecken,
- "Mitnehmen" von Desinteressierten bzw. falsch Informierten,
- Bekämpfung von Rechtsextremismus und anderen falschen Ideologien,
- Möglichkeit, eine unabhängige Meinung zu den Geschehnissen zu bilden,
- Abwechslung zum Schulalltag anhand von selbst erlebten Erfahrungen durch Zusammentreffen mit Zeitzeugen und Besuchen von Gedenkstätten,
- Förderung von Engagement,
- Bewusstes Gedenken und Erinnern, damit sich Teile der Geschichte nicht wiederholen.

Geklärt werden müsste die Finanzierung der Bildungsfahrten durch das Land sowie die Verpflichtung der Schulen zur Ausrichtung dieser Fahrten.

Zur Diskussion stand, ob lediglich das Angebot der Bildungsfahrten zur Pflicht werden sollte, oder auch die Teilnahme an solchen.

Grundsätzlich erforderlich ist eine intensive Vorbereitung innerhalb des Unterrichts. Bildungsfahrten sollen eine Erweiterung des Lehrplans darstellen und damit zur Pflicht werden, um Unwissenheit und undemokratischem, intolerantem Denken vorzubeugen.

6. Brauchen wir Denkmäler zum Erinnern?

Denkmäler können einem zum Nachdenken anregen, man kann bei ihnen Kränze niederlegen, an ihnen vorbeigehen, sie ignorieren oder sich über ihre künstlerische Gestaltung aufregen. Sieht man im Lexikon unter dem Stichwort "Denkmal" nach, erfährt man, dass ein Denkmal ein künstlerisch gestaltetes Objekt ist, welches mit dem Ziel geschaffen wurde, an ein geschichtliches Ereignis, einen Brauch oder eine historische Persönlichkeit öffentlich zu erinnern. Denkmäler sollen demnach Erinnerungen bewahren und diese für nachfolgende Generationen lebendig halten. Die Tatsache, dass es im Laufe der Geschichte immer wieder spektakuläre Denkmalstürze gab, zeigt die große Bedeutung, die Denkmälern als Symbolen zukommt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Denkmal noch eine zeitgemäße Form der Erinnerung ist. Brauchen wir heute, im digitalen Zeitalter, im Zeitalter von Internet und virtueller Wirklichkeit noch handfeste Plastiken, Skulpturen? Brauchen wir überhaupt noch Denkmäler?

Ergebniszusammenfassung des Diskussionsforums

Das Diskussionsforum hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass Denkmäler weiterhin notwendig sind. Grundsätzlich haben Denkmäler für uns eine mahnende Bedeutung.

Ein Denkmal sollte folgende Ansprüche erfüllen:

- es sollte einen bleibenden Eindruck hinterlassen durch die Verdeutlichung von wahrnehmbaren Dimensionen,
- es sollte eine genaue Recherche vorausgegangen sein, damit gesichert ist, dass nur der Opfer eines Ereignisses gedacht wird,
- es sollte eine Informationseinladung sein und die Möglichkeit zu Weiterbildung geben,
- es sollte künstlerisch/auffällig gestaltet sein,
- es sollte zu Diskussionen und Reflexion anregen.

Bei der Planung neuer Denkmäler sollten die genannten Aspekte berücksichtigt werden.

Dieter Steinecke Der Präsident

Beschluss des Jugendparlamentes von Sachsen-Anhalt

Erinnern für Gegenwart und Zukunft - 70 Jahre Reichspogromnacht

Das Jugendparlament hat in seiner Sitzung am 7. November 2008 folgende Resolution verabschiedet:

Die Reichspogromnacht hat auch in unserer Zeit, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem 9. November 1938, für die heutige Jugend und für die zukünftigen Generationen weder an Bedeutung noch an Relevanz verloren. Mit dem Nationalsozialismus begann eine unvorstellbare Leidenszeit, die in Europa für sechs Millionen Juden in den Vernichtungslagern endete.

Diese Zeit ist für uns nicht bloß Geschichte oder eine Aneinanderreihung historischer Daten, sondern eine stete Mahnung, uns jederzeit gegen die erneute Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten sowie gegen Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen aktiv zu wehren. Nationalsozialismus ist somit kein historisch abgegrenztes Phänomen, sondern eine Ideologie, die uns heute lediglich in anderen Erscheinungsformen begegnet.

Aus dieser Erkenntnis resultierend fordern wir:

Das Bewusstsein für die Geschichte des Nationalsozialismus, seiner ideologischen Grundlagen und seiner Folgen muss gestärkt werden. Ziel muss es unter anderem sein, jungen Menschen eine selbstständige und kritische Analyse sowohl der historischen als auch der gegenwärtigen Formen nationalsozialistischen Gedankenguts zu ermöglichen. Dabei kommt insbesondere der in unterschiedlichen Lebensbereichen erfolgenden, vielfältig gestalteten Aufarbeitung eine grundlegende Bedeutung zu:

Wir fordern eine Verpflichtung der Schulen, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus im Unterricht durch weitere Angebote, die altersgerecht und unabhängig vom sozialen Umfeld der Schüler gestaltet werden müssen, z. B. Fahrten zu Gedenkstätten oder die Einbindung von Zeitzeugen zu ergänzen. Mindestens ein Gedenkstättenbesuch begleitend zum Deutsch- oder Geschichtsunterricht der Klassen 5 bis 10 und der Jahrgangsstufen 11 bis 13 sollte für alle Schüler zur Pflicht werden. Auch sollte die kritische Auseinandersetzung mit Originalquellen des Nationalsozialismus Bestandteil des Lehrplans sein.

- Wir appellieren an die Medien, verstärkt über Aktionen gegen Rechtextremismus aber auch über die Opfer rechtsextremer Handlungen zu berichten.
- Wir fordern eine Ausweitung der staatlichen Jugendsozialarbeit sowie eine verstärkte Förderung von demokratischen Jugendorganisationen.
- Wir erwarten neue Konzepte für die politische Bildung der Jugend wie zum Beispiel weitere Angebote der Direktkommunikation mit politischen Mandatsträgern, transparentere Arbeit politischer Organisationen, Genehmigung und Unterstützung demokratischer politischer Arbeit an Schulen, Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Dies soll nicht nur durch Schulen oder andere staatliche Einrichtungen, sondern auch in Zusammenarbeit mit Freizeit- und Jugendvereinen verwirklicht werden.

Grundbedingung für eine solche kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und rechtsextremem Gedankengut ist eine erweiterte Vermittlung von Demokratiekenntnissen sowie eine Stärkung des Demokratiebewusstseins der Jugend gerade in Zeiten des Politikverdrusses. Denn nur mit Hilfe eines demokratischen Systems können die Interessen von Mehrheiten und Minderheiten zu einem fairen Ausgleich gebracht und eine Ausgrenzung bestimmter Randgruppen verhindert werden. Mehr Demokratie- und rechtsstaatliches Bewusstsein in Kombination mit aktiver Zivilcourage tragen wesentlich dazu bei, dass sich Verbrechen wie die Reichspogromnacht nicht wiederholen - denn nur aufgeschlossene und selbstständige Bürger können der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten aktiv entgegentreten.

Dieter Steinecke Der Präsident



Stenografischer Bericht über die Sitzung des Jugendparlaments

am Freitag, dem 7. November 2008, in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 1	Frau Sattler9
	Frau Dr. Hüskens (FDP)9
	Herr Dr. Schellenberger (CDU)10
	Frau Grimm-Benne (SPD)11
Grußwort der Landesregierung	Herr Boos13
ů ů	Herr Thamm13
Staatsminister Herr Robra	Frau Junghans13
	Frau Lange13
	Frau Vorwerk14
Beschlussfassung zur Geschäftsordnung und zur Tagesordnung4	Beschluss12, 14
TOP 1	
	TOP 2
Beratung	
	Beratung
Aus heutiger Sicht - Die Ergebnisse der	
Diskussionsforen	Resolution: Erinnern für Gegenwart und
	Zukunft - 70 Jahre Reichspogromnacht
Antrag der Fraktionen des Gymnasiums Martineum Halberstadt, der Berufsbildenden Schulen I Magdeburg und der Landesschule Pforta - Drs. JP/2008/02	Resolution der Fraktionen des Gymnasiums Martineum Halberstadt, der Berufsbildenden Schulen I Magdeburg und der Landesschule Pforta - Drs. JP/2008/02
Herr Dahl (Berichterstatter)5	
Frau Pflugmacher (Berichterstatterin) 5, 8	Frau Sacher14
Herr Otto (Berichterstatter) 5, 9	Frau Sattler14
Frau Tiedge (DIE LINKE)6	Herr Hesselmann15
Frau Cych	
Frau Pust	Beschluss15

Beginn: 10.03 Uhr.

Präsident Herr Steinecke:

Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebe Mitglieder des Jugendparlaments! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr verehrte Vertreter der Landesregierung! Sehr geehrte Gäste auf den Tribünen. Ich eröffne das neunte Jugendparlament des Landes Sachsen-Anhalt und heiße Sie alle auf das Herzlichste willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Ganz besonders begrüße ich die drei Fraktionen des Jugendparlaments, die am heutigen Tag unsere Hauptakteure sind. Es sind Jugendliche aus drei Schulen unseres Landes. Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler aus dem Gymnasium Martineum Halberstadt. Herzlich willkommen! - Vielleicht könnt ihr aufstehen, damit euch alle sehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler aus der Betriebsberufsschule I "Eike von Repgow" Magdeburg

(Beifall im ganzen Hause)

und die Vertreter der Landesschule Pforta. - Vielleicht könnt ihr auch kurz aufstehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Schülerinnen und Schüler werden von Ihren Lehrerinnen und Lehrern begleitet, die das Jugendparlament inhaltlich mit ihnen vorbereitet haben. Meine Damen und Herren! Ich und wir alle hier möchten uns bereits im Vorfeld herzlich dafür bedanken.

(Beifall im ganzen Hause)

Auf der so genannten Regierungsbank haben Abgeordnete des Landtages und Vertreter der Landesregierung Platz genommen. Ich darf sie kurz vorstellen.

Von der CDU-Fraktion sind Herr Dr. Schellenberger, Frau Weiß und in Vertretung der Abgeordneten Frau Gorr der Abgeordnete Herr Borgwardt anwesend.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Partei DIE LINKE sind der Fraktionsvorsitzende Herr Gallert, die Vizepräsidentin des Landtages Frau Dr. Paschke, Frau Fiedler, Frau Tiedge und Herr Mewes anwesend.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die SPD-Fraktion ist Frau Grimm-Benne anwesend.

(Beifall im ganzen Hause)

Die FDP-Fraktion wird durch Frau Dr. Hüskens vertreten.

(Beifall im ganzen Hause)

Seitens der Landesregierung sind Staatsminister Herr Robra und Ministerin Frau Dr. Kuppe anwesend. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Nicht zuletzt möchte ich die Gäste, wenn auch nicht so zahlreich erschienen, wie wir gehofft haben, auf den Tribünen herzlich begrüßen. Ich begrüße auch die Vertreter der Medien und hoffe auf eine wohlwollende Berichterstattung über unser neuntes Jugendparlament.

(Beifall im ganzen Hause)

Liebe Mitglieder des Jugendparlaments! Meine Damen und Herren! Im Landtag des Landes Sachsen-Anhalt findet bereits zum neunten Mal das Jugendparlament statt. Wir haben im Jahr 1997 damit begonnen, und ich glaube, es ist eine gute Tradition geworden. Auch dieses Mal stellt der Landtag seine Räumlichkeiten für das Jugendparlament zur Verfügung, um den entsprechenden Rahmen für Sie zu schaffen.

Sie haben ein besonderes Thema ausgewählt, nämlich das Thema "Erinnern für Gegenwart und Zukunft - 70 Jahre Reichspogromnacht". Sie wollen sich mit dieser Thematik auseinandersetzen und im Parlament mit den Schülerinnen und Schülern, aber auch mit den Vertretern der Landesregierung sowie mit den Abgeordneten darüber diskutieren.

Sie haben sich im Rahmen eines Workshops im September bereits darauf vorbereitet. Das finde ich gut. Dort waren auch die Vertreter der Landesregierung anwesend. In die Ihnen heute vorliegende Resolution sind die Gedanken eingeflossen. Ich glaube, wir werden anschließend eine gute Diskussion dazu führen.

Liebe Jugendparlamentarier! Liebe Damen und Herren! Gestatten Sie mir, an dieser Stelle einige Gedanken zu diesem Thema zu äußern. Am 9. November 2008 jährt sich der antijüdische Terror der Nationalsozialisten zum 70. Mal. In Deutschland, auch in Magdeburg und vielen anderen Städten, wurden die Synagogen zerstört, jüdische Geschäfte geplündert, Menschen inhaftiert und ermordet.

In diesen düsteren Tagen unserer Geschichte hat sich die Gesellschaft in Deutschland moralisch selbst ruiniert, weil sie nicht aufstand, kein Einhalt gebot und dem Wahnsinn, dem Ungeist nicht das Handwerk legte.

Ich war damals noch nicht geboren und habe keine eigenen Erinnerungen an diese Tage und Nächte im November 1938. Selbst das, was an Schrecklichem danach kam, der Krieg, die Bombenangriffe, die Not und der Tod, der Hunger und die Kälte der Nachkriegszeit, ist weit weggerückt und durch freundliche Erinnerungen späterer Jahre weitgehend verdrängt worden.

Liebe Schülerinnen und Schüler! Sehr geehrte Anwesende! Einige von Ihnen werden sich sicherlich fragen, warum so eine Veranstaltung mit einem solchen Inhalt stattfindet. Wer will sie? Wer will sich erinnern? Wer will uns erinnern?

Ich verstehe solche Fragen. Manchmal möchte ich selbst nur allzu gern alles vergessen, was Menschen anderen Menschen antun, wie viel Leid und Kummer Menschen verursachen können, wie viel Schuld Menschen immer wieder auf sich laden. Vergessen, wegschieben und beflissentlich übersehen ändert nichts an der Tatsache, ändert nichts daran, dass auch in unserer Zeit, jetzt und hier, unter uns womöglich Unrecht geschieht. Unrecht, das wir nicht verhindern und möglicherweise mit verursachen.

In möglichen Antworten auf diese Fragen liegt vielleicht auch der Sinn unseres heutigen Tages. Wie wir den Tag miteinander verbringen, liegt ganz allein an uns und unserem Willen, sich mit der Gegenwart und der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Wenn wir die Mahnung der Opfer ernst nehmen, dann müssen wir das hohe Gut unserer freiheitlichen Demokratie bewahren, auch in Zeiten, in denen sich selbst berechtigte Wünsche nicht erfüllen können und sich soziale Spannungen verschärfen. Dazu gehört nicht nur, rechtsradikale oder linksextreme Positionen abzulehnen, sondern dazu gehört auch, sich selbst in den demokratischen Prozess einzubringen. Nur so können wir das Umfeld beeinflussen, in dem wir leben wollen, ein Umfeld, das auch uns Menschen prägt.

Liebe Schülerinnen und Schüler! Sehr geehrte Anwesende! Die Pogrome gegen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Novembernächten des Jahres 1938 stehen am Beginn einer schrecklichen Entwicklung, die schließlich zu Auschwitz führte. Auschwitz liegt nach meiner Meinung nicht irgendwo weit weg, in einer anderen Zeit und an einem anderen Ort. Auschwitz ist überall dort, wo wir, jeder von uns, intolerant gegen fremdes Aussehen, fremde Sprache, andere Religionen und anderes Denken sind, wo sich Ablehnung und Diffamierung unter uns wieder breit machen und wo wir dies gedankenlos hinnehmen oder dulden.

Wenn wir aber am heutigen Tage die Erkenntnis mitnehmen, dass es nicht genügt, die Schrecken des 9. November 1938 zu beklagen, dass es nicht genügt, sich selbstgerecht dagegen abzusetzen, sondern dass es unsere Aufgabe ist, Begegnungen anders zu gestalten, nämlich verständnisvoll, hilfsbereit, rücksichtsvoll, also einfach menschlich, dann war es heute sicher keine verschwendete Zeit, im Landtag zu sein.

Wenn sich jeder von uns in seinem Umkreis um Menschlichkeit und Toleranz bemüht, auch wenn er dafür nicht sonderlich gelobt wird, wenn jeder die Würde des anderen als unantastbar achtet und verteidigt, dann haben wir eine Chance, unsere Zukunft lebenswerter zu gestalten.

Liebe Schülerinnen und Schüler! Sehr geehrte Anwesende! Der 9. November 1938 soll und muss als Tag des Gedenkens in unseren Köpfen verankert bleiben.

Als Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt erkläre ich anlässlich dieses bedrückenden Datums klar und öffentlich: Sie, die jungen Menschen im Land, tragen für das unfassbare Geschehene keine Schuld. Gleichwohl haben Sie und wir alle die Verantwortung, aus der Vergangenheit die richtigen Lehren zu ziehen. Deshalb stehen wir in der Pflicht, uns im Alltag für Weltoffenheit, Toleranz und Demokratie zu engagieren. Ganz entschieden müssen wir allen entgegentreten, die Schandtaten wie den Holocaust leugnen oder die Saat des Hasses in unserem Land erneut säen wollen. Deshalb sage ich: Die Opfer zu vergessen oder ihr Schicksal zu relativieren, wäre ein neues Verbrechen an ihnen und eine Versündigung an unserer eigenen Zukunft.

Als Landtag und als Landesregierung von Sachsen-Anhalt sind wir dieser Verpflichtung mit der Beteiligung an der Errichtung des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz und mit öffentlichen Veranstaltungen mit Zeitzeugen, wie Gabriel Bach, dem stellvertretenden Chefankläger im Eichmann-Prozess, häufig gerecht geworden. Das Erinnern und das Eintreten für demokratische Werte sind und bleiben eine Daueraufgabe, der sich die gesamte Gesellschaft stellen muss. Dabei müssen für sich ändernde Zeiten auch immer neue Formen der Erinnerungskultur geschaffen werden.

Eine bewusste Spurensicherung ist beispielsweise mehr denn je erforderlich, je weniger Opfer noch Zeugnis ablegen können. Spurensicherung muss zu einem Beitrag im Widerstand gegen das Vergessen werden. Denkmäler allein werden dies nicht leisten können, so notwendig sie auch sind. Joke Kniesmeyer vom Anne-Frank-Zentrum Berlin sagte einmal:

"Das beste Dokument, das man für die Opfer schaffen kann, ist eine Gesellschaft ohne Antisemitismus, ohne Rassismus, eine Gesellschaft, die von Toleranz und Humanität geprägt ist."

(Beifall im ganzen Hause)

Genau das ist unsere bleibende Verpflichtung. Erhalten wir die Spuren des Grauens lesbar! Das schulden wir den sechs Millionen jüdischen Opfern, die zu uns gehörten, und die wie wir Menschen mit Träumen, Hoffnungen und Zielen waren, deren Leben aber den Ideologen des Hasses als unwert und nutzlos erschienen. - Welch ein gesellschaftlicher Tabubruch!

Wir alle stehen unausweichlich in der Pflicht, dafür einzutreten, dass sich Ideologen und Rassisten nie wieder zu Richtern über den unveräußerlichen Wert von Leben aufspielen können. Sehen wir es als unsere Aufgabe an, der Menschlichkeit im Alltag immer ein Gesicht zu geben und unsere Überzeugungen für Demokratie und Toleranz weiterzutragen. - Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich würde nun Herrn Staatsminister Robra um das Grußwort der Landesregierung bitten.

Herr Robra, Staatsminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten vor mir und - das ist etwas ungewohnt - auch hinter mir! Im Namen der Landesregierung und unseres Ministerpräsidenten Herrn Professor Böhmer begrüße ich Sie herzlich zum diesjährigen Jugendparlament. Ich freue mich, dass Sie die Einladung des Landtagspräsidenten angenommen haben und die Chance nutzen, die parlamentarischen Arbeitsabläufe kennen zu lernen, die Prozesse der Meinungs- und Entscheidungsbildung selbst zu erleben und mit Abgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung ins Gespräch zu kommen.

Das Jugendparlament hat mit dem Gedenktag an die Pogromnacht 1938 erstmals seit dem Jahr 1997 einen festgelegten Inhalt. Der 9. November ist ein bedeutendes Datum in der deutschen Geschichte. Hoffnung und Freude sind mit diesem Tag ebenso verbunden wie die Erinnerung an abgrundtiefen Schrecken und menschenverachtende Grausamkeit.

In diesem Jahr gedenken wir der 70. Wiederkehr der schrecklichen Ereignisse der Pogromnacht vom 9. November 1938. Auch bei uns in Sachsen-Anhalt wurden jüdische Mitmenschen verächtlich gemacht, in ihren Wohnungen überfallen, vertrieben und in Konzentrationslager verschleppt, viele wurden umgebracht. Synagogen wurden niedergebrannt, Geschäfte jüdischer Eigentümer zerstört und viele, nicht nur überzeugte Nationalsozialisten, beteiligten sich daran. Die Vergehen gegen jüdische Mitbürger, gerade auch in dieser Nacht vor 70 Jahren, gehören zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte.

Ich bin Ihnen, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, deshalb dankbar dafür, dass Sie diesen Gedenktag unter der Prämisse "Erinnern für Gegenwart und Zu-

kunft" in den Mittelpunkt des diesjährigen Jugendparlaments stellen. Die Erinnerung an unsere Geschichte hilft uns, zu begreifen, was geschieht, wenn Maßstäbe verrückt werden, wenn die Welt aus den Fugen gerät, wenn der Respekt vor der Würde jedes Einzelnen nicht mehr zählt, wenn Menschen vom höchstpersönlichen Subjekt mit jeweils eigener Würde zu beliebig verfügbaren Objekten gemacht werden.

Erinnern und Gedenken setzt Wissen voraus. Ich ermutige Sie deshalb, sich bei jeder Gelegenheit mit unserer Geschichte auseinanderzusetzen. Wir dürfen keine falsche Vorstellung davon haben, was der Nationalsozialismus war. Ich lade Sie deshalb nachdrücklich ein, die Gedenkstätten unseres Landes zu besuchen, an denen sich Geschichte in bedrückender Weise verdichtet.

Gedenkstätten informieren über die Geschichte und ihre Hintergründe. Sie tragen dazu bei, Kenntnisse zu vermitteln und wachzuhalten. Ihre Ausstellungen und Bildungsangebote schließen Wissenslücken und beugen der Bildung von Legenden vor. Eine solche Legende ist, dass die Verfolgung Andersdenkender durch den Nationalsozialismus aus heiterem Himmel kam und das Werk Einzelner war. Für mich ist es immer wieder erschreckend, nachlesen zu müssen, wie viele Deutsche am Ende der Weimarer Republik die Augen vor dem aufziehenden Unheil verschlossen und ihm willentlich oder unwillentlich Vorschub geleistet haben.

Der damalige Reichspräsident Hindenburg, der seine letzten Berufsjahre als Armeegeneral in Magdeburg in dem Haus verbracht hat, in dem heute die Staatskanzlei, also meine Behörde, ihren Sitz hat, glaubte, etwas Gutes zu tun, als er dem - wohlgemerkt und schlimm genug - demokratisch gewählten Reichskanzler Hitler kurz nach dessen Wahl mit der Ausfertigung des Ermächtigungsgesetz zu absoluter Macht verhalf, die dieser dann so gnaden- und rücksichtslos missbraucht hat.

Viele gut ausgebildete Menschen, wie Lehrer, Wissenschaftler und sogar Theologen machten sich mit schuldig, weil sie bereits unmittelbar nach dem Wahlerfolg der Rechtsextremisten im Jahr 1933 in mehr als vorauseilendem Gehorsam das Führerprinzip ideologisch überhöhten und pseudowissenschaftlich legitimierten. Das alles lehrt uns heute, wachsam zu sein, frühzeitig zu reagieren, wenn sich Extremisten an die Macht schleichen wollen, und immer und überall Farbe gegen sie zu bekennen. Das alles lehrt uns, hinzugucken und uns einzumischen.

Aktuelle Meldungen zeigen, dass der 9. November 1938 weit mehr als ein Eintrag in die Geschichtsbücher ist. Der Gedenktag hat nichts an Aktualität verloren. Neue Nachrichten unterstreichen, dass Gedenktage wie der 9. November unverzichtbar bleiben. Erst am Dienstag dieser Woche wurden in Berlin Zahlen veröffentlicht, die zeigen, dass Straftaten mit antisemitischer Motivation in Deutschland wieder einmal zugenommen haben. Jede Gewalttat ist schrecklich, von wem und warum auch immer sie begangen wird. Wenn hinter Gewalttaten gegen Behinderte, Obdachlose oder Fremde aber ausdrücklich antisemitisches oder fremdenfeindliches Denken steht, wenn extremistische Symbole oder Ausdrücke benutzt werden, dann alarmiert uns das zu Recht mehr als andere kriminelle Handlungen, so schlimm diese auch sind.

Solche Art von Extremismus muss politisch und juristisch entschlossen bekämpft werden. Jeder und jede muss sich auf unseren Straßen und Plätzen, in Straßen-

bahnen und Bussen sicher fühlen können. Das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht, und der insbesondere auch der Staat gerecht zu werden hat. Weil diese Aufgabe so wichtig ist, können wir weder Verharmlosung noch Hysterie gebrauchen, sondern müssen rational und selbstbewusst mit diesen Gefahren umgehen. Gewalttätiger Extremismus existiert nicht nur am äußersten Rand unserer Gesellschaft, dennoch ist er Sache einer kleinen Minderheit. Er bedroht unsere Gesellschaft und unsere staatliche Ordnung heute - anders als noch im Jahr 1933 - nicht in ihrem Kern. Aber wir müssen uns intensiv mit ihm auseinandersetzen. Für uns heißt das, dass wir wachsam und offen im Hinblick auf latenten Antisemitismus in Deutschland und jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bleiben müssen.

Ich habe bereits kurz erwähnt, dass der 9. November ein bedeutendes Datum in der deutschen Geschichte ist. Der Tag ist verbunden mit der Erinnerung an abgrundtiefen Schrecken und menschenverachtender Grausamkeit, aber als Tag der Öffnung von Mauer und Stacheldraht, mit dem die DDR eingezäunt war, auch mit Hoffnung und Freude. Das Erinnern an diese Leistungen und die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 ist zugleich ein Erinnern an die Grundlagen und an die Bedeutung unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, die fundamentale Werte und Menschenrechte achtet. Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Freiheit für Gedanken und Ideen auch das verbinden wir mit dem 9. November.

Im nächsten Jahr feiern wir das Ende der DDR, die friedliche Revolution, und aus gesamtdeutscher Sicht den 60. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Im Jahr darauf jährt sich zum 20. Mal die Wiedervereinigung Deutschlands.

Trotz der hohen Symbolkraft und der festen Verankerung der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung im öffentlichen Bewusstsein zeigen aktuelle Studien jedoch erhebliche Defizite im Wissen, auch um den Unrechtscharakter der DDR und der SED-Herrschaft. Ich würde mich daher freuen, wenn Sie, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, den Weg fortsetzen, den Sie mit der thematischen Orientierung des Jugendparlaments in diesem Jahr eingeschlagen haben. Das Jahr 2009 bietet eine Fülle von historischen Anknüpfungspunkten.

Für heute wünsche ich Ihnen und euch, liebe Schülerinnen und Schüler, erst einmal intensive Diskussionen. Ich freue mich, dass Sie sich der Herausforderung stellen, sich in der Öffentlichkeit und nach demokratischen Regeln mit der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen und sehe den Beschlüssen dieses Jugendparlaments gespannt und mit Interesse entgegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Ich danke Herrn Staatsminister Robra für den Beitrag der Landesregierung. - Ich hatte vergessen, eine Landtagsabgeordnete von der SPD-Fraktion vorzustellen, nämlich die Abgeordnete Frau Schmidt.

(Beifall im ganzen Hause)

Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebes Jugendparlament! Sie haben sich heute - das ist in den beiden Redebeiträgen bereits deutlich geworden - etwas ganz Besonderes vorgenommen. Sie wollen heute im Parlament über drei wichtige Themen diskutieren, nämlich darüber, ob es grundsätzliche eine klare Stellungsnahme aller Schulen zu Rassismus in Form eines Leitbildes

geben sollte, ob Bildungsfahrten zu Gedenkstätten für alle Schülerinnen und Schüler zur Pflicht werden sollten und ob wir Denkmäler zum Erinnern benötigen. Sie wollen sich mit diesen Themen auseinandersetzen. Wir werden im zweiten Teil des Jugendparlaments Ihre Beiträge hören und werden die notwendigen Beschlüsse fassen.

Sie haben sich - das ist mir berichtet worden - gründlich auf diese Debatten vorbereitet. Für die Diskussionen in den Foren wünsche ich uns und Ihnen viel Erfolg und hoffe, dass wir eine gute Arbeit leisten können.

Zur Demokratie - das will ich ausdrücklich erwähnen - und zu den parlamentarischen Debatten gehört auch, sich Argumente anzuhören, sich eine eigene Meinungen zu bilden, die Meinung des Anderen zu akzeptieren und bereit zu sein, Kompromisse zu schließen. Das versuchen wir gemeinsam hier im Haus und das wollen wir heute gemeinsam mit Ihnen praktizieren. Sie tun genau das, was die Parlamentarier hier im Haus tun, wenn Sie Gesetze und Initiativen verabschieden. Ich meine, dass ein Jugendparlament genau der richtige Ort ist, um die parlamentarische Praxis kennen zu lernen.

Liebe Jugendparlamentarier! Je früher man sich engagiert und je eher man sich mit den Spielregeln der Demokratie und des parlamentarischen Lebens vertraut macht, desto eher haben Sie die Chance, womöglich in unsere Fußstapfen zu treten. In der öffentlichen Diskussion ist häufig zu hören, dass die Jugend unpolitisch wäre. Ich sage, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Damit, dass Sie heute am Jugendparlament teilnehmen, setzen Sie das Zeichen, dass Sie keineswegs unpolitisch sind, sondern dass genau das Gegenteil der Fall ist. So viel zu den Bemerkungen im Voraus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehören auch gewisse Spielregeln dazu, wie wir den Tag miteinander verbringen wollen. Zunächst möchte ich die Schriftführer, die hier oben sitzen, vorstellen. Diese werden uns heute Vormittag und heute Nachmittag begleiten. Kathleen Kruse von der Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt ist anwesend.

(Beifall im ganzen Hause)

Zu meiner Linken sitzt Tobias Ehlert von der Fraktion der Betriebsberufsschule I Magdeburg.

(Beifall im ganzen Hause)

Zu meiner Rechten sitzt Christina Baumbach von der Fraktion der Landesschule Pforta. Heute Nachmittag wird Lea Kolb sie vertreten. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Kommen wir zur Beschlussfähigkeit. Für das Jugendparlament haben sich 90 Jugendparlamentarier gemeldet. Diese Angabe ist insbesondere für die Schriftführer wichtig, um nachher sicherzustellen, dass die Beschlüsse rechtskräftig gefasst werden. Beschlüsse - das steht auch in der Geschäftsordnung, die Sie sich gegeben haben - werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Das ist die Ausgangsposition.

Außerdem möchte ich mit Ihnen die Geschäftsordnung beschließen. Die Geschäftsordnung wurde erarbeitet und liegt Ihnen vor. In dieser Geschäftsordnung sind knapp und in minimaler Form die wenigen Regeln, die wir heute miteinander brauchen, aufgestellt. Ich würde in die Runde fragen, ob es Anmerkungen oder Wünsche zur Geschäftsordnung gibt? - Ich sehe, das ist nicht der

Fall. Wenn Sie der Geschäftsordnung für das Jugendparlament am heutigen Tag zustimmen, dann bitte ich um das Kartenzeichen. Ich bitte um Zustimmung. - Ich sehe, dass der Geschäftsordnung mit großer Mehrheit zugestimmt worden ist, sodass wir die Spielregeln miteinander bestimmt haben.

Nun wollen wir die Tagesordnung beschließen. Ihnen liegt die Tagesordnung für die heutige Sitzung vor. - Möchte jemand die Tagesordnung verändern? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann würde ich um Ihre Zustimmung zu der Tagesordnung bitten. - Zustimmung bei allen Fraktionen. Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Meine lieben Jugendparlamentarier! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vertreter der Landesregierung! Damit sind wir bereits am Ende des ersten Teils angelangt. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass sich die Teilnehmer an dem Diskussionsforum "Leitbild" in Raum B1 11 treffen. Die Teilnehmer an dem Forum "Bildungsfahrten" treffen sich in Raum B1 05 und die Teilnehmer des Forums "Denkmäler" in Raum B0 05.

Ich würde Sie bitten, sich nach den Fraktionssitzungen und der Mittagspause pünktlich um 13 Uhr wieder im Plenarsaal einzufinden, um die notwendigen Diskussionen zu führen und die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Jetzt würde ich Sie in die Foren entlassen und wünsche uns gemeinsam gute Arbeit. Ich denke, die Damen und Herren Abgeordneten sind eingeladen, wenn sie möchten, an den Foren teilzunehmen. - Herzlichen Dank. Damit beende ich den ersten Teil des Jugendparlaments. Wir treffen uns um 13 Uhr wieder im Plenarsaal.

(Beifall im ganzen Hause)

Unterbrechung: 10.33 Uhr. Wiederbeginn: 13.03 Uhr.

Präsident Herr Steinecke:

Meine sehr verehrten Jugendparlamentarier! Ich bitte Sie sowie die Damen und Herren Abgeordneten darum, die Plätze einzunehmen, damit wir wie vereinbart mit dem zweiten Teil der Plenarberatung beginnen können. Es geht darum, die Diskussionen zusammenzufassen und die Beschlüsse zu fassen. Das wird sicherlich spannend werden.

Ich darf Sie noch einmal alle herzlich begrüßen. Wir hatten, wie in der Tagesordnung vereinbart, die drei Themen in den Foren besprochen. Ich möchte diese noch einmal nennen. Das erste Forum beschäftigte sich mit der Frage, ob es grundsätzlich eine klare Stellungnahme aller Schulen zu Rassismus in Form eines Leitbildes geben sollte. Im zweiten Forum diskutierte man darüber, ob Bildungsfahrten zu Gedenkstätten für alle Schüler zur Pflicht werden sollten. Das dritte Forum beriet darüber, ob wir Denkmäler zum Erinnern brauchen. Das sind die Themen, mit denen wir uns nun auseinandersetzen werden.

Ich will so verfahren, dass wir zunächst die Berichterstatter der einzelnen Foren zu Wort kommen lassen. Im Anschluss würde ich mir wünschen, dass die Abgeordneten des Hauses sprechen. Ich würde vorschlagen, dass zunächst von jeder Fraktion ein Abgeordneter oder auch die Landesregierung ein Statement abgibt. Dann sollten wir darüber diskutieren und schließlich zur Abstimmung kommen.

Alle Sitzungen des Landtages werden vom Stenografischen Dienst stenografiert und in einem Protokoll festgehalten. Ich bitte Sie daher herzlich darum, dass Sie, wenn Sie nach vorn kommen und sprechen, Ihren Namen und ihre Fraktion nennen, damit das im Protokoll ordnungsgemäß festgehalten werden kann.

Ich rufe mit Ihrer Erlaubnis und mit der Unterstützung meiner Schriftführer den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Beratung

Aus heutiger Sicht - Die Ergebnisse der Diskussionsforen

Antrag der Fraktionen des Gymnasiums Martineum Halberstadt, der Berufsbildenden Schulen I Magdeburg und der Landesschule Pforta - **Drs. JP/2008/02**

Es wurde eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Ich bitte darum, dass Sie sich daran halten; denn ansonsten würden mich meine Schriftführer darauf hinweisen. Ich würde, sofern Sie die Redezeit überziehen, dem nächsten Redner die Chance geben, dies ebenfalls zu tun. Aber wir sollten uns nach Möglichkeit an die vorgegebene Redezeit halten.

Zu den Ergebnissen des Diskussionsforums mit dem Titel "Sollte es grundsätzlich eine klare Stellungnahme aller Schulen zu Rassismus in Form eines Leitbildes geben?", kurz "Leitbild", spricht Hauke Dahl von der Landesschule Pforta.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Dahl, Berichterstatter des Diskussionsforums "Leitbild":

Das Diskussionsforum hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass es eine klare Stellungnahme aller Schulen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Form eines Leitbildes geben soll. Dieses Leitbild soll auf der Basis der Freiwilligkeit aus der Mitte der Schülerschaft heraus entstehen.

Die Lehrerschaft soll in Form von pflichtgebundenen Informationsveranstaltungen bei der Schülerschaft für die Erstellung des Leitbildes werben. Die weitere Mitarbeit der Schülerschaft an Aktionen, die sich aus dem Leitbild ergeben, beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Für die Mitarbeit an der Ausgestaltung des Leitbildes im Rahmen von besagten Projekten erhalten die Schüler eine Gratifikation in Form von Zertifikaten, welche jedoch keinesfalls notengebunden sind.

Schulen mit einem Leitbild können sich mit sich aus dem Leitbild ergebenden Projekten bei der Landesregierung um zweckgebundene Fördermittel bewerben. Das Erstellungs- und Beschlussgremium für das Leitbild setzt sich drittelparitätisch aus Vertretern der Schülerschaft, der Lehrerschaft und der Elternschaft zusammen. Es wird empfohlen, eine Überprüfung und bei Bedarf eine Anpassung des Leitbildes alle vier Jahre durchzuführen. Außerdem empfiehlt das Forum die Einsetzung eines Leitbildkoordinators an jeder Schule, der der Schüler-, Lehrer- oder Elternschaft angehören kann.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für den Beitrag. Haben Sie noch Fragen an den Berichterstatter? - Das sehe ich nicht. Das können wir in der anschließenden Diskussion machen. Ich würde dann den zweiten Berichterstatter um das Wort bitten. Er stellt die Ergebnisse des Forums "Sollten Bildungsfahrten zu Gedenkstätten für alle Schüler zur Pflicht werden?", kurz "Bildungsfahrten", vor. Hierzu spricht die Berufsbildende Schule I Magdeburg. Diesmal habe ich es richtig ausgesprochen. Kerstin Pflugmacher hat um das Wort gebeten und führt uns in das Thema ein. Bitte schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Pflugmacher, Berichterstatterin des Diskussionsforums "Bildungsfahrten":

Der Frage, ob Bildungsfahrten für alle Schüler zur Pflicht werden sollten, wurde von großer Mehrheit bejaht. Das wichtigste Argument war die Vermittlung von Wissen sowie die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. Um sämtliche Schüler zu erreichen, sollen Bildungsfahrten eine Pflichtveranstaltung im Lehrplan werden.

Die Argumente zur Durchführung waren die Folgenden: a) das Interesse an der Geschichte des eigenen Landes wecken, b) das Mitnehmen von Desinteressierten bzw. falsch Informierten, c) die Bekämpfung von Rechtsextremismus und anderen falschen Ideologien, d) die Möglichkeit, eine unabhängige Meinung zu den Geschehnissen zu bilden, e) die Abwechslung zum Schulalltag anhand von selbst erlebten Erfahrungen durch das Zusammentreffen mit Zeitzeugen und Besuchen von Gedenkstätten, f) die Förderung von Engagement sowie g) das bewusste Gedenken und Erinnern, damit sich die Teile der Geschichte nicht wiederholen.

Geklärt werden müsste die Finanzierung der Bildungsfahrten durch das Land sowie die Verpflichtung der Schulen zur Ausrichtung dieser Fahrten. Zur Diskussion stand, ob lediglich das Angebot der Bildungsfahrten zur Pflicht werden sollte oder auch die Teilnahme an solchen. Grundsätzlich ist eine intensive Vorbereitung innerhalb des Unterrichts erforderlich. Bildungsfahrten sollen eine Erweiterung des Lehrplans darstellen und damit zur Pflicht werden, um Unwissenheit und undemokratischem, intolerantem Denken vorzubeugen. - Danke schön.

(Beifall bei im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. Gibt es Nachfragen zu dem Beitrag? - Ich sehe, dass dies nicht der Fall ist. Damit kommen wir zur Berichterstattung des Diskussionsforums mit dem Thema "Brauchen wir Denkmäler zum Erinnern?", kurz "Denkmäler". Es spricht Herr Paul Otto von der Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt. Bitte schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Otto, Berichterstatter des Diskussionsforums "Denkmäler":

Brauchen wir Denkmäler zum Erinnern? - Das Diskussionsforum hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass Denkmäler weiterhin notwendig sind. Grundsätzlich haben Denkmäler eine mahnende Bedeutung für uns.

Ein Denkmal sollte die folgenden Ansprüche erfüllen: Es sollte durch die Verdeutlichung von Dimension einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Es sollte eine Informationseinladung sein und die Möglichkeit zur Weiterbildung geben, dabei aber eine freie Meinungsbildung zulassen. Es sollte künstlerisch und auffällig gestaltet sein. Es sollte außerdem zu Diskussionen und Reflexionen anregen. Bei der Planung neuer Denkmäler sollten die eben genannten Aspekte berücksichtigt werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Sie halten sich mehr als gedacht an die Zeitvorgabe. Gibt es Nachfragen aus dem Plenum. - Ja, es gibt eine Nachfrage. Möchtest du diese beantworten, Paul Otto? - Jawohl, er möchte. An dem Standmikrofon können Sie Ihre Frage formulieren. Paul Otto, du kommst vielleicht noch einmal nach vorn, damit du von hier aus antworten kannst. Das ist dann so wie im richtigen Parlament.

Frau Büttcher (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Auf unserem Zettel steht, es sollten - -

Präsident Herr Steinecke:

Sagen Sie bitte Ihren Namen für das Protokoll.

Frau Büttcher (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Friederike Büttcher vom Martineum. - Wir haben nur aufgeschrieben, es sollte so sein. Aber wie setzt man es durch, wenn es keine Pflicht gibt und es einfach nur eine Anweisung oder Empfehlung ist? Wie kann man es verbessern, sodass es auch wirklich geschieht?

Herr Otto, Berichterstatter des Diskussionsforums "Denkmäler":

Es ist zunächst ein Leitbild, das wir an dieser Stelle aufstellen, und zwar darüber, wie wir Denkmäler theoretisch aufbauen oder entwickeln können, damit ihre Funktion optimiert wird.

Frau Büttcher (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Aber wer regelt das? In der Ergebniszusammenfassung steht das Wort "sollte". Wie kann man regeln, dass es auch durchgesetzt wird? Das frage ich mich. Es ist lediglich eine Empfehlung.

Herr Otto, Berichterstatter des Diskussionsforums "Denkmäler":

Es liegt an den staatlichen Institutionen, die für Denkmalpflege verantwortlich sind.

Frau Büttcher (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Also sollten diese das kontrollieren?

Herr Otto, Berichterstatter des Diskussionsforums "Denkmäler":

Das wäre durchaus eine Möglichkeit.

Frau Büttcher (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Dann würde ich vorschlagen, dass man festschreibt, dass die Kontrolle darüber einem Amt unterliegt.

Präsident Herr Steinecke:

Darf ich einmal einen Vorschlag machen. Es liegt ein gemeinsamer Antrag aller drei Fraktionen zu dem Thema vor. Da wir das, was wir zu dem Thema beschließen, an die Landesregierung übergeben, muss sich die Landesregierung mit dem Thema auseinandersetzen. Vielleicht wäre Ihre Frage damit ein Stück weit beantwortet.

Frau Büttcher (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Danke.

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank für die drei Beiträge. Jetzt stelle ich es den Kolleginnen und Kollegen der Landtagsfraktionen frei, das Wort zu nehmen. Wer möchte zuerst sprechen? - Frau Gudrun Tiedge von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Frau Tiedge.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Tiedge (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Jungparlamentarier! Es ist in diesem Haus nicht üblich, aber ich mache es trotzdem: Ich möchte Ihnen ein ganz großes Kompliment, auch im Namen meiner beiden Kollegen, die in den anderen beiden Foren waren, aussprechen. Die Qualität der Diskussion hat mich tief beeindruckt. Das Niveau der Diskussion war ausgezeichnet. Wir sind von dem, was wir in den Foren erleben durften, tief beeindruckt. Es ist im Landtag eigentlich nicht üblich, aber an dieser Stelle möchte ich es gerne tun.

Sie haben sich heute, am 7. November 2008, einer sehr wichtigen Problematik zugewandt. In Ihrer Resolution, die Sie heute noch verabschieden wollen - ich hoffe, Sie tun das mit großer Mehrheit -, schreiben Sie im letzten Satz Folgendes:

"Mehr Demokratie- und rechtsstaatliches Bewusstsein in Kombination mit aktiver Zivilcourage können dazu führen, dass sich Verbrechen wie die Reichspogromnacht nicht wiederholen; denn nur aufgeschlossene und selbständige Bürger können der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten aktiv entgegentreten."

Dazu haben Sie sich drei Themen gesetzt. Ich finde die Anträge bzw. die Beschlüsse, die Sie hierzu vorgelegt haben, inhaltlich ausgezeichnet. Ich kann nur an Sie appellieren, diese auch mit einer großen Mehrheit anzunehmen.

Zu der Frage, die Sie gestellt haben, ob jede Schule ein eigenes Leitbild braucht, kann ich sagen, dass jede Schule ein klares Leitbild gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und gegen Rechtsextremismus braucht. Ob es dazu notwendig ist, dass jede Schule ihr eigenes Leitbild erarbeitet, hängt sicherlich auch davon ab, welche geschichtlichen Hintergründe jede Schule hat.

In dem Forum, in dem ich war, haben wir feststellen können, dass es viele Schulen gibt, die einen geschichtlichen Hintergrund haben, der es notwendig macht, ein eigenes Leitbild zu erarbeiten. Aber ich halte es für selbstverständlich, dass das freiwillig sein sollte.

Jede Schule sollte sich darüber klar werden, ob sie sich einem großen Leitbild verschreibt oder ihr eigenes Leitbild entwickelt. Das haben Sie in Ihrem Antrag auch eindeutig so formuliert. Es sollte die eigene Geschichte erkundet werden und es sollte erkundet werden, wie wir mit dem, was in dieser Schule auch in dieser Zeit passiert ist, umgehen. Zudem sollte erkundet werden, wie wir damit progressiv umgehen, indem wir natürlich auch für die Zukunft vorsorgen.

Sie haben darüber debattiert, ob es Pflicht sein sollte, Gedenkstätten zu besuchen. Sie sagen eindeutig, es sollte Pflicht sein, weil es notwendig ist, um Wissen über eine Zeit zu vermitteln, deren unmenschliche und verbrecherische Dimensionen von niemandem nachvollzogen werden können.

Ich habe über die Zeit des Nationalsozialismus viele Bücher gelesen und Filme gesehen. Aber keines dieser Bücher und keiner dieser Filme hat mich so beeindruckt und hat mir einen kleinen Einblick über diese unmenschliche Dimension der Verbrechen, die während dieser Zeit begangen sind, gegeben wie die Besuche von ehemaligen Konzentrationslagern, zum Beispiel in Sachsenhausen oder in Auschwitz. Nichts hat mich so beeindruckt und menschlich so tief bewegt wie die Kinderschuhe, die ich gesehen habe, wie die Berge von Haaren, die ich gesehen habe, wie die vielen Brillen, die ich gesehen habe, und wie die vielen Namen, die ich lesen musste, weil damit die Opfer ein Gesicht bekommen haben, das man mit Zahlen allein nicht ausdrücken kann. Man hat eine Vorstellung davon bekommen, welche unmenschlichen Leiden diese Menschen erdulden mussten und wie viele Menschen ermordet wurden, weil sie aus der Sicht der Nationalsozialisten eine falsche Ideologie bzw. eine falsche Religion hatten.

Nur wer über Wissen verfügt - das schreiben Sie auch kann sich kritisch auseinandersetzen und kann solche Fahrten entsprechend vor- und nachbereiten. Ich finde, es ist ganz besonders wichtig, dass man auf das vorbereitet ist, was einen dort erwartet. In dem Forum, in dem ich war, ist viel darüber gesprochen worden, dass Denkmäler auch schockieren sollen. Ja, es ist ein Schock für die Menschen, die sich das ansehen. Aber ich finde, man muss es sich antun, um die Dimension dieser Unmenschlichkeit überhaupt begreifen zu können.

Sie haben sich auch die Frage gestellt, ob Denkmäler überhaupt noch sachgerecht sind und ob sie heute noch geeignet sind, um an Dinge zu erinnern und zu mahnen. Es ist auch darüber diskutiert worden, ob es im Zeitalter der Technik nicht besser wäre, multimedial zu gedenken. In dem Forum ist viel über diese Fragen gesprochen worden.

Ein Satz einer Schülerin hat mich dabei ganz besonders beeindruckt. Sie sagte, bei einem Denkmal könne man nicht einfach wegklicken, sondern man stehe davor, man fasse es an und lasse es auf sich wirken, aber man könne nicht, wie etwa bei einem Computer, einfach den Mausklick betätigen und es sei weg, weil man meine, dass es einem zu viel abverlange, oder weil man meine,

dass man es nicht mehr ertrage. Ich finde, das ist bei einem Denkmal ganz besonders wichtig. Das Denkmal bedeutet: Halt inne! Schau hin! Wir werden erleben, dass wir bald keine Zeitzeugen mehr haben, die uns aus eigenem Erleben schildern können, wie sie diese Zeit erlitten haben, wie sie diese Zeit überhaupt überleben konnten. Umso wichtiger sind daher Denkmäler, die uns an diese Zeit erinnern.

In dem Forum, an dem ich teilgenommen habe, ist auch viel über die "Stolpersteine" gesprochen worden, die in vielen Städten an die Schicksale jüdischer Mitbürger erinnern. Man steht von diesen Stolpersteinen und mir geht es so, dass ich nicht drauftreten möchte, weil Namen von Bürgerinnen und Bürgern aus der Stadt darauf stehen, von denen man nicht immer weiß, was Ihnen passiert ist, von denen man aber oftmals weiß, dass sie ermordet wurden. Man hält an diesen Steinen inne, man schaut sich die Namen an und die Opfer bekommen ein Gesicht.

Deswegen ist es umso wichtiger, um noch auf einmal auf das zurückzukommen, was Sie in Ihrer Resolution geschrieben haben, dass all das letztlich in Zivilcourage jedes Einzelnen mündet, um dafür zu sorgen, dass sich so etwas niemals wiederholt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Frau Tiedge. Frau Tiedge, aus der Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt gibt es eine Nachfrage. Wollen Sie diese beantworten? - Natürlich.

Frau Cych (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Entschuldigung, es tut mir leid. Ich muss gedanklich einen Schritt zurückgehen.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte geh an das Mikrofon, damit wir alle wissen, worum es geht. Es ist also keine Nachfrage zu diesem Beitrag.

Frau Cych (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Es tut mir leid. Mir ist gerade etwas zu dem Forum eingefallen, in welchem besprochen wurde, ob wir Denkmäler zum Erinnern brauchen. Ich stimme dem Ergebnis des Forums im Großen und Ganzen zu. Ich denke aber, dass noch ein Punkt aufgenommen werden müsste, der uns allen vielleicht klar ist, der allerdings aufgenommen werden sollte, und zwar, dass die Inhalte eines Denkmals vorher ordentlich geklärt werden müssten.

Ich weiß nicht, inwiefern die Problematik im Zusammenhang mit der Gedenktafel an unserer Schule bekannt ist, aber mich hat es sehr schockiert. Uns ist sicher allen klar, dass dort nur die Namen der Menschen erwähnt werden, denen es gebührt, dennoch, so denke ich, sollte es schriftlich festgehalten werden.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Ich würde vorschlagen, dass die Fraktionen untereinander klären, ob wir das zusätzlich aufnehmen oder ob wir das nachher einzeln abstimmen. Ich würde darum bitten, dass ihr euch untereinander abstimmt.

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

Hauke Dahl, Fraktion Landesschule Pforta. Ich habe eine Frage zum Forum "Bildungsfahrten". Inwiefern ist die Bekämpfung von Rechtsextremismus und so genannten anderen falschen Ideologien vereinbar mit der Möglichkeit, sich eine unabhängige Meinung zu bilden?

Präsident Herr Steinecke:

An wen soll die Frage konkret gerichtet sein?

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

An den Sprecher des Forums "Bildungsfahrten".

Präsident Herr Steinecke:

Wenn der Sprecher die Frage beantworten kann und will, dann soll er jetzt das Wort nehmen. - Bitte schön.

Frau Pflugmacher, Berichterstatterin des Diskussionsforums "Bildungsfahrten":

Könnte ich die Frage bitte noch einmal hören. Ich habe sie akustisch nicht verstanden. Es tut mir leid.

Präsident Herr Steinecke:

Das ist doch kein Problem. Das können wir machen. - Bitte, Hauke Dahl.

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

Hauke Dahl, Fraktion Landesschule Pforta. Meine Frage war die folgende: Inwiefern ist die Bekämpfung von Rechtsextremismus und so genannten falschen Ideologien vereinbar mit der Möglichkeit, sich eine unabhängige Meinung zu Geschehnissen zu bilden?

Frau Pflugmacher, Berichterstatterin des Diskussionsforums "Bildungsfahrten":

Ich kann das nur aus meiner Sicht sagen. Die Möglichkeit, sich eine unabhängige Meinung zu bilden, sehe ich dadurch gegeben, dass man zu dieser Gedenkstätte fährt. Manche haben sich vielleicht durch den Umgang mit anderen Menschen eine Meinung gebildet, ohne wirklich an dieser Gedenkstätte gewesen zu sein. Deswegen finde ich, dass es ein wichtiger Aspekt wäre, diese Gedenkstätte zu besuchen, damit man sagen kann, ob das, was ich gehört habe, wahr ist und ob ich dazu stehe.

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

Okay.

Präsident Herr Steinecke:

Ich würde dich bitten, an das Mikrofon zu gehen, wenn du eine Nachfrage hast; denn ansonsten bist du nicht zu verstehen. Die Protokollantin will es nachher auch richtig und ordentlich aufschreiben.

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

Siehst du es also so, dass man kategorisieren kann, dass das, was man hört, im Hinblick auf die Ideologie potenziell falsch ist, und das, was man in Form von Denkmälern sieht, richtig ist?

Frau Pflugmacher, Berichterstatterin des Diskussionsforums "Bildungsfahrten":

Man kann natürlich nicht sagen, ich habe das gehört und demnach stimmt das auch so. Das kommt natürlich auch ganz darauf, ob man es selber auch glaubt. Wenn mir zum Beispiel erzählt wird, das es ist richtig sei, was die Nationalsozialisten getan haben, dann könnte ich einerseits sagen, in Ordnung, damit finde ich mich ab. Andererseits kann ich aber auch sagen, ich möchte wissen, ob es wirklich so ist und fahre, um mich selber davon zu überzeugen, zu diesen Gedenkstätten.

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

Okay. Was fasst man unter dem Begriff "andere falsche Ideologie" zusammen?

Präsident Herr Steinecke:

Sie meint sicherlich, indem man das, was geschehen ist, leugnet. So würde ich sie verstehen wollen.

Frau Pflugmacher, Berichterstatterin des Diskussionsforums "Bildungsfahrten":

Ja. Danke schön.

Präsident Herr Steinecke:

Es gibt noch eine Wortmeldung aus dem Martineum in Halberstadt. Bitte schön.

Frau Pust (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Mein Name ist Lisa Pust und ich komme aus dem Martineum. In einer Gedenkstätte erweitert man seinen Wissenshorizont. Man kann mehrere Meinungen einholen und von Zeitzeugen wird Bericht erstattet. Deshalb kann man sich durch mehrere Meinungen und mehr Wissen seine eigene Meinung bilden. Wenn du lediglich von einigen wenigen Leuten hörst, was sie erlebt haben und wenn du diese Leute auch noch magst, dann übernimmst du diese Meinung. Verstehst du, was ich meine?

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

Also dient der Besuch von Denkmälern dazu, Meinungen umzupolen?

Frau Pust (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Es dient dazu, dir deine eigene Meinung zu bilden. Wenn du zum Beispiel aus Unwissenheit oder aufgrund deines Freundeskreises zu der rechten Meinung tendierst, dann kannst du mit einem Besuch einer Gedenkstätte dein Wissen erweitern. Somit bist du in der Lage, dir deine eigene Meinung zu bilden.

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

Okay, danke.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Im Plenum gibt es eine weitere Nachfrage. Bitte schön.

Frau Sattler (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Ich habe keine Nachfrage, sondern ich wollte den Worten von Hauke Dahl nur hinzufügen, dass dieses pflichtmäßige Besuchen von Gedenkstätten eine Möglichkeit ist, sich seine Meinung zu bilden und vor allem auch Wissen anzuzapfen. Dabei geht es nicht um Beeinflussung oder um abhängige Meinungen. Es geht dabei lediglich darum, dass man sein Wissenshorizont erweitert und einen Aspekt, nämlich den Besuch der Gedenkstätte, dem Wissen, das man bereits hat, hinzufügt.

(Beifall bei der Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. Das ist noch einmal eine Klarstellung. Der Beifall zeigt, dass die Klarstellung auch angekommen ist. - Ich sehe eine weitere Frage von der Fraktion der Landesschule Pforta.

Herr Thamm (Landesschule Pforta):

Thoralf Thamm von der Landesschule Pforta. Ich habe eine Nachfrage zu den Ausführungen des Sprechers aus dem Diskussionsforum "Denkmäler". Im ersten Punkt des Ergebnisses steht, es sollte durch die Verdeutlichung von Dimensionen einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Was ist mit den Dimensionen gemeint? Ich meine, wir hätten das in der Diskussion konkreter ausgearbeitet?

Herr Otto, Berichterstatter des Diskussionsforums "Denkmäler":

Das haben wir auf jeden Fall konkreter ausgearbeitet. Wir haben uns gedacht, dass die Ausmaße der Gräueltaten am 9. November vereinfacht dargestellt oder, um es besser zu sagen, verdeutlicht werden durch die Darstellung von Namen, durch die Aufzählung von Namen sowie durch die Aufzählung von persönlichen Schicksalen und nicht nur durch die Aufzählung von Zahlen, Nummern und unpersönlichen Dingen.

Herr Thamm (Landesschule Pforta):

Das sollte man vielleicht ein bisschen konkretisieren; denn unter dem Begriff "Dimension" kann man sich meines Erachtens nicht so viel vorstellen. Das ist ein großer Begriff. Ich denke, dass es viel wesentlicher ist, diese Fakten zu haben. Das betrifft beispielsweise auch das, was von Frau Tiedge hinsichtlich der Brillen und Haare angesprochen wurde, dass man nämlich etwas vor sich hat. Ich finde, es ist ansonsten zu oberflächlich. Man sollte diese Fakten und nicht nur diese Eindrücke haben.

Präsident Herr Steinecke:

Das ist deine Auffassung.

Herr Thamm (Landesschule Pforta):

Vielleicht könnte man das einarbeiten bzw. den Begriff "Dimension" konkretisieren. - Danke.

Präsident Herr Steinecke:

Der Sprecher nickt. Vielleicht überlegt er es sich noch einmal. Denn wir wollen das, was wir an dieser Stelle besprechen, auch so berücksichtigt wissen, wie es gesagt ist. Ob es nachher eine Mehrheit findet, ist ein ganz anderes Thema.

Jetzt gibt es in der Tat keine weitere Frage. Nun hat Frau Dr. Hüskens von der FDP-Fraktion das Wort und kann ihr Statement abgeben. Bitte schön.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zunächst dafür danken, dass Sie heute am Jugendparlament teilnehmen. Ich hoffe, dass Sie auch einiges über unser Parlament mitnehmen können, nicht nur darüber, wie das formal abläuft und wie so ein Parlament strukturiert ist. Vielmehr sollten Sie von Ihrer heutigen Diskussion mitnehmen, wie Demokratie funktioniert und wo die Werte von Demokratie liegen.

Ich war heute Morgen in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage beschäftigte, ob wir ein Leitbild gegen Rassismus in den Schulen brauchen. Als Liberale habe ich versucht - ich hoffe, die Schülerinnen und Schüler, die an dem Diskussionsforum teilgenommen haben, haben mir das nicht übel genommen - darauf hinzuwirken, dass man an der Stelle, an der man etwas für die Demokratie tun möchte, zunächst auf den Menschen und auf den Einzelnen setzen muss. Eine Diskussion kann nicht so sein, dass man sagt, Staat mach mal. In dem Fall würde es das Kultusministerium betreffen. Ich bin außerordentlich erfreut darüber gewesen, dass diese Impulse in der Diskussion aufgenommen worden sind und in Ihrer Beschlussempfehlung mehr oder weniger zum Tragen kommen; denn für mich ist es ungeheuer wichtig, dass Demokratie eben nicht Staatsformen. Ministerien oder Verwaltung ist - diese Dinge brauchen wir zwar auch -, sondern dass Demokratie und demokratische Überzeugungen, so glaube ich, von uns selber ausgehen.

Deshalb ist es mir wichtig, dass sich junge und natürlich auch alte Menschen frühzeitig und ständig damit beschäftigen, was sie eigentlich selber in diesem Bereich beitragen können, damit wir möglichst selten die Diskussionen darüber führen müssen, ob im Rahmen von Demokratie eine Meinung falsch oder richtig ist.

In diesem Zusammenhang habe ich eine relativ einfache Antwort auf die Frage, was falsche Vorstellungen sein könnten. Wir haben unser Grundgesetz und jede Vorstellung oder Ideologie, die sich außerhalb dieser grundgesetzlichen Regelungen bewegt, ist sicherlich falsch. Bei allem anderen, was sich im Rahmen des Grundgesetzes bewegt, muss ich jedes Mal abwägen, ob denn die Meinungsfreiheit, die jemand hat, nicht immer höher wiegt. Ich muss in einer Demokratie natürlich auch damit umgehen, dass Menschen einer so genannten falschen Ideologie anhängen und muss mich mit ihnen auseinandersetzen; Verbote sind auch an dieser Stelle oft der falsche Weg.

Das sind die Impulse und die Anregungen aus der Diskussion im Arbeitskreis und im Plenum, die mir wichtig waren. Das müssen wir uns immer wieder bewusst machen; denn das ist nicht so einfach. Demokratie ist eine wahnsinnig unbequeme Staatsform. Sie haben, wenn Sie einmal im Plenarsaal anwesend waren, auch gemerkt, dass wir es uns in den Diskussionen auch wahnsinnig schwer machen. Es ist zäh und es ist nicht immer einfach, abzuwägen, was mit Gesetzen und Verordnungen, die aus dem Landtag ergehen, in der Realität wird und ob dies so schnell und einfach die Probleme löst, wie wir es uns immer vorstellen. Der Satz "Gib Geld und gib Regeln" bedeutet eben nicht immer, dass sich die Probleme der Menschen auch lösen lassen.

Ich hoffe, dass all diejenigen, die heute zum Thema Leitbild diskutiert haben, die Anregungen in ihre Schulen mitnehmen. Es gibt hierzu Fördermittel und Programme des Landes. Ich hoffe, dass Sie den heutigen Tag auch nutzen, sofern das nicht ohnehin bereits Realität in Ihren Schulen ist, um ein Leitbild gegen Rassismus, für Demokratie und dafür, dass die Werte aller Schüler geachtet werden, zu erarbeiten; denn es gibt eine ganze Reihe von anderen Aspekten, die weniger griffig sind als Rassismus und das Abgrenzen durch ethnische Definitionen. Auf diese Art und Weise können Sie versuchen. Ihre Schulen wirklich demokratischer zu machen und dafür Sorge zu tragen, dass die Schüler, aber auch die Lehrer in diesen Schulen, wirklich mit Freude an ihre Arbeit gehen können und auch mit Freude und in Würde leben können.

Deshalb fände ich es schön, wenn Sie das mitnehmen und wenn Sie dafür sorgen, dass in Ihren Schulen die entsprechenden Leitbilder entstehen und dann - das ist noch wichtiger - auch mit Leben erfüllt werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. Es gibt eine Nachfrage einer jungen Dame. - Kommen Sie bitte an das Mikrofon.

Frau Hermanns (Landesschule Pforta):

Mein Name ist Sophie Hermanns. Ich komme von der Landesschule Pforta. Ich habe eine Verständnisfrage. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe.

Präsident Herr Steinecke:

Kommen Sie bitte ein Stück näher an das Mikrofon, weil Sie schlecht zu verstehen sind.

Frau Hermanns (Landesschule Pforta):

Sie betonen die Wichtigkeit von Meinungsfreiheit in der Demokratie. Im selben Atemzug sagen Sie, dass alle die Ideologien falsch sind, die im Grundgesetz nicht vorgesehen sind. Mit anderen Worten, sie sind nicht nur nicht rechtens, sondern sie sind auch nicht richtig. Ein Individuum kann also anhand des Grundgesetzes ersehen, welchen Ideologien es nun anhängen darf. Aber in derselben Rede sagen Sie, wie wichtig es ist, dass wir Demokratie persönlich und unabhängig vom Staat leben, uns also nicht zu sehr auf den Staat verlassen sollen. Wie passt das zusammen?

(Zustimmung bei der Fraktion der Landesschule Pforta)

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Im Grundgesetz steht nicht, dass liberale, christliche, sozialdemokratische oder linke Vorstellungen richtig sind, sondern das Grundgesetz gibt uns, so formuliere ich es einmal, quasi die Spielregeln vor. Wenn man noch einmal die Diskussion aufnimmt, die vorhin bezüglich der Frage, was richtig und falsch sei, stattgefunden hat, dann kann man diese nur beantworten, indem man sagt, es gibt natürlich Vorstellungen - - Wenn ich zum Beispiel die Meinung eines Rechtsradikalen betrachte, der sagt, dass nicht alle Menschen gleich viel wert sind, sondern dass es wertvollere Menschen und weniger wertvollere Menschen gibt, dann ist dies falsch. Dies ist auch rechtsstaatlich zu verfolgen. Diese Definition kann man machen.

Darüber hinaus können Sie letztlich keine Unterscheidungen zwischen richtig und falsch treffen. Aber diese Möglichkeit haben Sie und das ist letztlich das Einzige, das im Rahmen von Demokratie zulässig ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Hermanns (Landesschule Pforta):

Gut, ich habe Sie verstanden.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für die Nachfrage. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und würde nun Herrn Dr. Schellenberger von der CDU-Fraktion darum bitten, das Wort zu nehmen.

Herr Dr. Schellenberger (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Schüler! Ich muss sagen: Absolut spannend. Ich habe schon mehrere Jugendparlamente in diesem Haus erlebt. Die Diskussion ist zwar etwas spät in Gang gekommen - bei den eigentlichen Vorträgen zu den Themen hätte sie einsetzen müssen -, aber man muss sich erst einmal hineinfinden. Spannend war für mich, zu sehen, wie ihr aktiv für eure Meinung kämpft und wie ihr euch mit unterschiedlichen Positionen auseinandersetzt. Das Schöne ist auch, dass man merkt, wie viele unterschiedliche Positionen existieren und wie vielfältig man zu gewissen Lösungen kommen möchte.

Wie es der Zufall so wollte, war ich heute auch in dem Diskussionsforum "Leitbild". Die Frage nach dem Leitbild ist ebenso spannend. Es gab unterschiedliche Auffassungen darüber, ob ein solches Leitbild verpflichtend oder freiwillig erarbeitet werden soll, mit welchen Möglichkeiten man auch die Schüler dafür motivieren kann, wie man sich selber motivieren kann und ob es das Beste ist, dass ein solches Leitbild von den Schülern erarbeitet wird oder aber auch andere einzubinden sind. Das sind ganz spannende Fragen, die ihr heute diskutiert habt.

Letztlich muss man versuchen, in einem solchen Gremium auch Beschlüsse zu fassen. Man muss sich also auf irgendeinen Punkt einigen, den man als Konsens herausgearbeitet hat. Ich denke, das ist euch ganz gut gelungen. Ich hoffe, die Parlamentarier haben sich auch weit genug herausgehalten, um euch nicht zu beeinflussen. Es ist natürlich ganz normal, dass man, wenn man

ständig in der Politik arbeitet und diskutiert, sich auch gern ein bisschen einbringen und helfen möchte. Aber ich finde, ihr habt eure Meinung toll vertreten.

Es ist spannend festzustellen, dass die Jugend eine andere Sicht auf bestimmte Dinge hat. Aber das Wichtige ist - deshalb sind wir auch in diesem Zeitraum zusammengekommen -, dass wir uns nach den vergangenen 70 Jahren gemeinsam mit dem Thema beschäftigen. Ich hoffe, man sieht mir an, dass auch ich diese Zeit nicht miterlebt habe. Ihr habt sie auch nicht miterlebt. Aber wichtig ist, dass wir wider das Vergessen arbeiten. Ich denke, das ist der Grundkonsens, den wir alle mitnehmen. Ich wünsche euch viele spannende Diskussionen. Vielleicht gibt es den einen oder anderen, den ihr, mit welcher Methode auch immer, davon überzeugen müsst, ebenfalls darüber nachzudenken und mitzudiskutieren. Das ist eure Aufgabe. Das habt ihr gut gemacht. - Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Dr. Schellenberger. Möchte jemand eine Nachfrage stellen. - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich würde dann Frau Grimm-Benne von der SPD-Fraktion darum bitten, das Wort zu nehmen. Bitte schön.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte erwartet, dass bei mir auch noch einmal getrommelt wird.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist im Landtag normalerweise nicht üblich, dass man einen Applaus dafür bekommt, dass man sich überhaupt traut, an das Rednerpult zu gehen. Normalerweise muss man sich ihn schwer erarbeiten. Nach der Rede bekommt man nicht nur Buh-Rufe, sondern auch einen Applaus.

Ich konnte heute aus anderen Termingründen leider nicht an den Diskussionsforen teilnehmen und bin nun darauf angewiesen, die Zusammenfassung der Ergebnisse zu hören. Herr Dr. Schellenberger sagte bereits, dass sich Politiker gern einmischen. Ich möchte gern noch einen Denkansatz hinsichtlich des Leitbildes geben. Ihr habt euch dafür ausgesprochen, wogegen ihr seid, nämlich gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und gegen Fremdenfeindlichkeit. Ich würde gerne anregen, in eurem Leitbild auch zu sagen, dass ihr für etwas seid, nämlich für Demokratie und für Toleranz. Es wäre eine Anregung, das in das Leitbild einzubauen

Als jugendpolitische Sprecherin beschäftige ich mich sehr oft mit dem Thema. Wir machen sehr viel Aufklärung gegen Rechtsextremismus. Wir erklären, wie Rassismus funktioniert und wie man Fremdenfeindlichkeit begegnet. Aber ich bin der Auffassung, dass wir zu wenig für Demokratiebildung und für Toleranz machen. Es ist ganz wichtig - davon bin ich überzeugt -, dass gute Demokratinnen und gute Demokraten immun gegen die rechte Soße sind, die uns jeden Tag begegnet. Wer weiß, wo er steht, wer weiß, was das Grundgesetz ist, wer weiß, dass er in einer Verfassung und in einer Gesellschaft lebt, in der es demokratische Spielregeln gibt, der ist dagegen immun, dass er von Rechtsradikalen und ihren ideologischen Gedanken eingefangen werden kann.

Ich würde mir wünschen - das wird auch in eurer Resolution deutlich -, dass sich die Schulen noch mehr öffnen und auch in ihrem Leitbild deutlich machen, dass sie mit allen Demokratinnen und Demokraten, egal ob auf Stadtebene, auf Kreisebene oder auf Landesebene, mehr ins Gespräch kommen. Ich denke, ich spreche dabei im Namen aller Abgeordneten. Ich meine, dass wir als Abgeordnete viel zu selten an Schulen sind. Oftmals haben die Schulen auch Angst davor, dass wir dort Parteienpolitik machen. Was aber deutlich werden muss, ist, dass wir eigentlich auch den Auftrag haben, Demokratiebildung zu machen, dass wir erklären, wie Demokratie funktioniert. Ich möchte euch dazu ermuntern, das auch in einem Leitbild deutlich zu machen.

Zum zweiten Diskussionsforum möchte ich gar nicht viel sagen. Ich finde es nur schade, dass man Bildungsfahrten schon verpflichtend machen muss.

(Beifall bei der Fraktion der Landesschule Pforta)

Es müsste eigentlich ein Bedürfnis sein, eine solche Fahrt durchzuführen. Wenn man das Thema im Unterricht behandelt und vorbereitet hat, ist es vielleicht kein krönender Abschluss, aber die Wirklichkeit wird dargestellt und man kann sich diese auch angucken. Ich finde, es wird immer wichtiger, so etwas zu machen, weil uns die Zeitzeugen, von denen man noch einen authentischen Eindruck bekommen kann, mittlerweile leider wegsterben. Mich hat es immer viel mehr beeindruckt, wenn mein Großvater darüber erzählt hat und ich mir das nicht aus Geschichtsbüchern schwer erarbeiten musste.

Hinsichtlich der Frage, welche Ansprüche ein Denkmal erfüllen soll, möchte ich auf die Frage von Friederike eingehen. Wenn wir als Legislative zum Beispiel sagen, was wir gerne haben möchten, dann machen wir das in einem Beschluss deutlich. Das ist zugleich ein Auftrag an die Exekutive, das auch umzusetzen. Das passiert entweder durch Richtlinien oder durch Rechtsverordnungen. Manchmal schaffen wir es auch, das in Gesetzen festzuschreiben. Wir versuchen, dass es dadurch umgesetzt wird.

Ich möchte noch einen anderen Punkt deutlich machen. Ihr habt zum Beispiel geschrieben, dass ein Denkmal durch die Verdeutlichung von Dimensionen einen bleibenden Eindruck hinterlassen soll. Die ganzen Bilder und Denkmäler der entarteten Kunst haben bei mir auch einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Dennoch denke ich, dass es nicht die Denkmäler sind, die wir als Anschauung weiterhin brauchen. Es müsste auf jeden Fall eine Formulierung gefunden werden, die deutlich macht, dass es nur die Denkmäler sein können, die Demokratieverständnis hervorrufen, die gegen etwas sind, zum Beispiel gegen Rechtsradikalismus, und nicht solche, die bestimmte Ideologien verherrlichen. Ich denke, dieser Punkt fehlt noch. Ihr wolltet nur mahnende Denkmäler, die auf etwas aufmerksam machen.

Selbst wenn man die erschreckenden Bilder der entarteten Kunst richtig aufbereitet und zeigt, warum die Künstler so etwas gemacht haben, dann kann das auch ermahnen und aufmerksam machen, aber an dieser Stelle sollte man ein bisschen aufpassen und vielleicht bestimmte Ansprüche an ein Denkmal noch aufnehmen. - Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Steinecke:

Sie haben am Beifall gemerkt, dass das, was Sie gesagt haben, bei den Jugendparlamentariern angekommen ist. Herzlichen Dank, Frau Grimm-Benne. - Ich schaue in die Runde. Es gibt noch eine Nachfrage. Hauke, bitte. Richtet sich an Frau Grimm-Benne?

Herr Dahl (Landesschule Pforta):

.la

Präsident Herr Steinecke:

Frau Grimm-Benne, würden Sie bitte noch einmal nach vorn kommen und die Frage beantworten. - Hauke, bitte schön, Sie haben das Wort.

Herr Dahl, Berichterstatter des Diskussionsforums "Leitbild":

Hauke Dahl, Fraktion Landesschule Pforta. Ich bin der Berichterstatter der ersten Gruppe. Sie haben bemängelt, dass wir keine Pro-Vorschläge in unserer Resolution gemacht haben.

Frau Grimm-Benne (SPD):

In dem Ergebnis des Forums.

Herr Dahl, Berichterstatter des Diskussionsforums "Leitbild":

Ja. Wir haben darüber im Diskussionsforum gesprochen, sind aber aufgrund eines Missverständnisses nicht dazu gekommen, darüber abzustimmen, ob so etwas in unser Ergebnis aufgenommen werden soll. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich an unseren Fraktionsvorsitzenden Felix Boos zu wenden, da ich Ihnen unsere Argumente nicht objektiv vortragen kann.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Das ist auch nicht Aufgabe eines Berichterstatters. Er soll vielmehr versuchen, die Diskussion wertfrei darzustellen. Das ist im Landtag auch so. Ein Berichterstatter zu einem Gesetzesvorhaben darf gar nicht politisch agieren, sondern er soll das zusammenfassen, was in den Ausschüssen beraten wurde. Aber ich habe das nur als Anregung verstanden. Vielleicht wird es aufgegriffen.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Grimm-Benne, es gibt noch eine zweite Nachfrage. Ich bin davon überzeugt, auch wenn wir heute die Beschlüsse fassen, dass die Diskussion noch lange nicht beendet ist. Das ist heute ein guter Auftakt. - Dort ist die Fragestellerin. Nennen Sie uns bitte Ihren Namen.

Frau Büttcher (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Friederike Büttcher vom Martineum. Ich weiß nicht, ob es direkt zum Thema gehört. Wir bekennen uns immer nur gegen Rechtsextremismus. Bekennen wir uns auch gegen Linksextremismus? Ich weiß es nicht. Wenn man gegen eine Seite ist, dann muss man vielleicht auch sagen, dass man gegen Linksextremismus ist. Müsste oder sollte man diesen Aspekt nicht auch in das Programm aufnehmen?

Frau Grimm-Benne (SPD):

Bei diesem Thema bin ich als SPD-Abgeordnete vielleicht nicht die richtige Ansprechperson, weil es eine Forderung der CDU ist, dass man den Linksextremismus genauso behandeln müsste. Aber wenn man die Statistik betrachtet und sieht, wie viel rechtsradikale und linksradikale Übergriffe es gegeben hat, dann wird deutlich, dass es eine schwindend geringe Anzahl an linksradikalen Übergriffen gegeben hat. Deswegen sagen wir, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus erst einmal absolute Priorität hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Ihr Beifall hat gezeigt, dass die Frage beantwortet wurde. Gibt es noch Fragen? - Ich sehe keine. Wir kommen damit zur Beschlussfassung. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir zunächst die einzelnen Begründungen der Diskussionsforen abstimmen. Zum Ergebnis des Diskussionsforums "Denkmäler" gab es zwei Anregungen, die ich dann noch einmal aufrufe. Zunächst beschließen wir die einzelnen Sachpunkte. Hiernach würde ich den Antrag, mit dem das Jugendparlament die Landesregierung bittet, die Ergebnisse aus den Diskussionsforen zu berücksichtigen, konkret aufrufen wollen.

Ich rufe die Drs. JP/2008/02 auf und lasse über die Ergebniszusammenfassung des Diskussionsforums "Leitbild" abstimmen. Wer diesen Ergebnissen seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank. Ich sehe Zustimmung bei allen Fraktionen. Deshalb erspare ich mir die Frage nach den Gegenstimmen und den Enthaltungen. Damit ist das Ergebnis des Diskussionsforums "Leitbild" beschlossen. Ich darf mich dafür bedanken, dass Sie das in so großer Einmütigkeit beschlossen haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Das zweite Forum beschäftigte sich mit der Frage der Bildungsfahrten. Die Ergebniszusammenfassung dieses Forums stelle ich ebenfalls zur Abstimmung. Wer diesem Ergebnis zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei der Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt und bei der Fraktion der Berufsbildenden Schulen I Magdeburg. Ich kann von hier aus sehen, dass dem zugestimmt wird. Ich frage dennoch, wer dagegen stimmt. - Gegenstimmen bei der Fraktion Landesschule Pforta sowie eine Gegenstimme bei der Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt. Wer enthält sich? - Zwei Enthaltungen bei der Fraktion der Berufsbildenden Schulen I Magdeburg. Ich habe von hier oben aus feststellen können, dass das Ergebnis des Diskussionsforums mehrheitlich beschlossen wurde.

Zur Ergebniszusammenfassung des Diskussionsforums "Denkmäler" gab es von der Landesschule Pforta den Hinweis, den ersten Anstrich des Ergebnisses wie folgt zu fassen:

"es sollte einen bleibenden Eindruck hinterlassen durch die Verdeutlichung von wahrnehmbaren Dimensionen,"

Wer möchte sich dazu äußern? - Bitte schön.

Herr Boos (Landesschule Pforta):

Der Antrag wurde mit den Fraktionen des Gymnasiums Martineum Halberstadt und der Berufsbildenden Schulen I Magdeburg abgestimmt. Insofern ist es ein Antrag von allen drei Fraktionen.

Präsident Herr Steinecke:

Damit wird in dem Ergebnis das Wort "wahrnehmbaren" eingefügt.

Die Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt schlug vor, in der Ergebniszusammenfassung die folgende Formulierung aufzunehmen:

"es sollte eine genaue Recherche vorausgegangen sein, damit gesichert ist, dass nur der Opfer eines Ereignisses gedacht wird,"

Das sollte ein neuer Einschub sein. Wer möchte sich dazu äußern? Möchte jemand dagegen oder dafür sprechen?

Herr Thamm (Landesschule Pforta):

Ich möchte mich gegen diesen Vorschlag aussprechen, weil es meines Erachtens sinnfrei ist, sich vor jedem Besuch eines Denkmals über die Hintergründe zu informieren. Es gibt Denkmäler von Persönlichkeiten, wie Albert Einstein oder Albert Schweitzer, und auch Denkmäler, die uns vor vergangenen Problemen oder negativen Erfahrungen mahnen sollen. Sich vor jedem Besuch eines Denkmals zu informieren, ist meines Erachtens nur dann sinnvoll, wenn man das gemeinsam mit der Schule macht und, wie im Forum "Bildungsfahrten" auch angesprochen, im Rahmen der Vorbereitung einer Bildungsfahrt, die meines Erachtens auch nicht Zwang sein sollte, auf dieses Denkmal eingeht. Wenn man aber individuell zu einem Denkmal geht, dann ist es meines Erachtens gar nicht möglich, sich darauf vorzubereiten.

(Beifall bei der Fraktion der Landesschule Pforta)

Präsident Herr Steinecke:

Gut, du sprichst dich also dagegen aus, dass das so aufgenommen wird. - Bitte schön, dort meldet sich jemand, der sich dafür ausspricht.

Frau Cych (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Julia Cych vom Martineum. Ich möchte unsere Schule nicht ins Licht rücken, trotzdem möchte ich einen Vorfall schildern. In unserer Schule wurde vor vier Jahren eine Gedenktafel für die gefallenen Schüler des Martineums aus dem Zweiten Weltkrieg aufgehängt. Vor ungefähr einem halben Jahr wurde bekannt, dass zu wenig recherchiert wurde und dass die Namen von sechs ehemaligen SS-Mitglieder auf dieser Tafel stehen. Darum ging es uns. Ich denke, wenn wir nicht wirklich recherchieren, sondern ein Denkmal einfach in die Welt platzieren, ohne wirklich zu wissen, welche Hintergründe es gibt und warum wir das machen, dann, so denke ich, ist nicht die Recherche sinnfrei, sondern das Denkmal.

Es gab im Hinblick auf dieses Denkmal eine große Aufruhr und einen sehr langen Artikel in der Schülerzeitung. Der Artikel wurde überall publik gemacht. In unserer Schule wird immer noch darüber diskutiert, was mit dieser Tafel passieren soll. Es geht nicht nur um unsere

Schule, sondern allgemein darum, dass wirklich die gefallenen Opfer geehrt werden und nicht irgendwelche SS-Mitglieder.

(Beifall bei der Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt)

Präsident Herr Steinecke:

Danke schön. - Von der Landesschule Pforta gibt es mehrere Wortmeldungen. Wir sollten uns vielleicht darauf verständigen, dass nicht nur eure Schule zu Wort kommt. Zunächst gebe ich Ihnen das Wort. - Bitte schön.

Frau Junghans (Landesschule Pforta):

Susanne Junghans, Landesschule Pforta. Es ist richtig, sich vor der Errichtung eines Denkmals darüber zu informieren, woran dieses Denkmal erinnern soll. Ich denke, es ist ein bedauerlicher Einzelfall. Es ist nicht schön, was an dieser Schule passiert ist. Es ist richtig, dass man vorher gucken muss, woran das Denkmal erinnern soll, aber ich denke, es ist eine Voraussetzung, dass man, wenn man ein Denkmal baut, weiß, warum man es baut.

(Beifall bei der Fraktion der Landesschule Pforta)

Frau Cych (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Darf ich kurz etwas dazu sagen?

Präsident Herr Steinecke:

Bitte.

Frau Cych (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Ich hatte vorhin bereits gesagt, dass es eigentlich für jeden logisch sein müsste, dass ich es aber trotzdem schriftlich festhalten wollte. Es sollte nicht noch einmal ein Aufruhr kommen. Ich wollte es lediglich schriftlich festhalten

Präsident Herr Steinecke:

Es geht um den Antrag, eine entsprechende Formulierung in die Ergebniszusammenfassung aufzunehmen. - Jetzt würde ich Ihnen das Wort geben wollen. Sagen Sie uns bitte ihren Namen.

Frau Lange (Landesschule Pforta):

Caroline Lange, Landesschule Pforta.

Präsident Herr Steinecke:

Caroline, würden Sie bitte näher an das Mikrofon gehen. Sie sind ansonsten schwer zu verstehen.

Frau Lange (Landesschule Pforta):

Dazu kann ich nur sagen, dass es im Kern der Diskussion weniger um personenbezogene Denkmäler ging, sondern vielmehr um das Regime an sich betreffende Denkmäler. Wir haben nicht konkret über solche Vorfälle geredet. Das ist damit auch nicht gemeint. Uns geht es eher um Denkmäler, die für das Gedenken an Gräueltaten größeren Ausmaßes errichtet sind und nicht für das Gedenken an bestimmte Menschen.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Es gibt noch zwei Wortmeldungen von der Fraktion der Landesschule Pforta. Bitte schön.

Frau Vorwerk (Landesschule Pforta):

Henrike Vorwerk. Es ging nicht darum, sich darüber zu informieren, bevor man Denkmäler erbaut. Ich denke, das ist klar. Thoralf ging es vielmehr darum, dass man sich, wenn man sich ein Denkmal anguckt, das von jemand anderem erbaut wurde, nicht ausführlich informieren müsste. Aber wenn man selber ein Denkmal erbaut, wie ihr das an eurer Schule gemacht habt, dann ist es, so denke ich, selbstverständlich, dass man sich vorher darüber informiert. Insofern gab es an dieser Stelle ein kleines Verständnisproblem.

(Beifall bei der Fraktion der Landesschule Pforta)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde den Vorschlag des Gymnasiums Martineum Halberstadt, den Einschub in das Ergebnis des Diskussionsforums "Denkmäler" vorzunehmen, abstimmen lassen wollen. Dieser Einschub lautet wie folgt:

"es sollte eine genaue Recherche vorausgegangen sein, damit gesichert ist, dass nur der Opfer eines Ereignisses gedacht wird"

Wer für diesen Einschub ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Ich bitte meine Schriftführer darum, dass sie mitzählen. - Danke schön. Ich sehe, dass eine große Mehrheit dem zustimmt. Ich frage nach den Gegenstimmen. - Ich glaube, wir wären gut beraten, das einmal auszuzählen. Vielleicht könntet ihr einmal zählen, wer gegen diesen Einschub ist. Lasst bitte die Hände oben. - Ich bekomme das Signal, dass 37 Schüler gegen diesen Antrag gestimmt haben. Ich frage noch einmal, wer für diesen Antrag ist. - Das ist die Mehrheit. Damit ist dem Vorschlag, den entsprechenden Einschub aufzunehmen, zugestimmt worden.

Ich lasse nun das Ergebnis des Diskussionsforums "Denkmäler" in Gänze abstimmen. Wer der vorliegenden Empfehlung, die uns vorgestellt wurde, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei allen Fraktionen. Damit ist auch das Ergebnis des dritten Diskussionsforums mit großer Mehrheit beschlossen worden. - Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich würde den Antrag aller Fraktionen abstimmen lassen wollen. Das ist ebenfalls die Drs. JP/2008/02. Der Antrag lautet wie folgt:

"Das Jugendparlament wolle beschließen: Die Landesregierung wird gebeten, die in diesem Antrag formulierten Ergebnisse aus den Diskussionsforen des Jugendparlaments am 7. November 2008 im Rahmen ihrer bildungspolitischen Ausrichtung zu berücksichtigen."

Wer für diesen Beschluss ist, den Sie gemeinsam beantragt haben, den bitte ich um Zustimmung. - Ich sehe Zustimmung bei allen Fraktionen und erspare mir die Frage nach den Gegenstimmen und den Enthaltungen.

Damit haben wir die Beschlüsse zu den Ergebnissen der drei Diskussionsforen und zu dem Antrag, dass die Landesregierung gebeten wird, sich mit den Themen auseinanderzusetzen, gefasst. Herzlichen Dank für die gute Diskussion und für die zügige Abarbeitung. Das, was ihr gemacht habt, war schon nicht einfach.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Beratung

Resolution: Erinnern für Gegenwart und Zukunft - 70 Jahre Reichspogromnacht

Resolution der Fraktionen des Gymnasiums Martineum Halberstadt, der Berufsbildenden Schulen I Magdeburg und der Landesschule Pforta - **Drs. JP/2008/02**

Der Entwurf der Resolution wurde bereits im Vorfeld erarbeitet. Sie haben in Ihrem Forum noch einmal darüber diskutiert. Ich würde zunächst den Sprechern der Fraktionen das Wort geben wollen. Ich bitte Christina Sacher von den Berufsbildenden Schulen I Magdeburg nach vorn, um einige Ausführungen dazu zu machen. Bitte schön, Christina, Sie haben das Wort.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Sacher (Berufsbildende Schulen I Magdeburg):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Teilnehmer des Jugendparlaments! Ich bin Christina Sacher. Wir haben uns viele Gedanken zu der Resolution gemacht. Wir unterstützen die Resolution und sind der Meinung, dass diese Zeit nicht nur Geschichte ist, sondern, wie in der Resolution angesprochen, für uns auch eine stete Mahnung ist, der erneuten Verletzung von Rechten entgegenzutreten. Wir unterstützen insbesondere, dass die Gedenkstättenbesuche begleitend zum Unterricht der Klassen 5 bis 10 sowie der Jahrgangsstufen 11 bis 13 verpflichtend sind. Wir stimmen ebenso damit überein, dass das rechtsstaatliche Bewusstsein und die Zivilcourage Grundlagen für die Durchsetzung dieser Forderungen sind. Unsere Fraktion nimmt die Resolution an.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. Die Fraktion hat vorgetragen und ihre Zustimmung signalisiert. - Wir kommen zur zweiten Sprecherin. Ich bitte Frau Jaqueline Sattler von der Fraktion des Gymnasiums Martineum Halberstadt um das Wort. Bitte schön.

Frau Sattler (Gymnasium Martineum Halberstadt):

Auch unsere Fraktion spricht sich in jedem Punkt für die Resolution aus. Ich würde reflektierend auf das NS-Regime und auf die Reichspogromnacht gern ein Zitat von Mahatma Gandhi anbringen:

"Ein einziges Lebewesen zu missachten heißt, diese göttlichen Kräfte missachten und deshalb nicht nur dieses Einzelwesen schädigen, sondern mit ihm die ganze Welt."

Die Reichspogromnacht hat das Leid in einer Dimension markiert. Die große Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands ist einer Ideologie verfallen, die die Menschenund Bürgerrechte total übergangen hat. Wir wollen das verhindern. Ich denke, auch in der Resolution kommt entsprechend zur Geltung, dass das Bewusstsein der Jugendlichen in diesem Aspekt gestärkt werden sollte, dass die Augen und der Kopf geschult werden sollen, tiefgründigeres Wissen erlangt werden soll und dementsprechend auch das Bewusstsein, damit man neuen Strömungen und Formen des Nationalsozialismus, die uns im Alltag stets mehr oder minder über den Weg laufen, entgegentreten kann, und zwar mit einer starken Zivilcourage sowie mit tiefgründigerem und hintergründigerem Wissen, das wir voraussetzen.

Diese Resolution zeigt in allen Punkten, dass vor allem die Schulen und die Medien an dieser Stelle kooperieren müssen, damit wir Jugendliche dieses Wirken der Geschichte auch in unsere Generation umwandeln können, und zwar basierend auf tiefgründigerem Wissen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank für Ihren Beitrag, Fräulein Jaqueline Sattler. - Wir kommen zum dritten und letzten Beitrag, und zwar von Herrn Vincent Hesselmann von der Landesschule Pforta.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Hesselmann (Landesschule Pforta):

Sehr geehrte Damen und Herren! Da ich auch Mitglied im Diskussionsforum war, in dem es um die Frage ging, ob wir Denkmäler zum Erinnern brauchen, interessiert mich bei meinem heutigen Beitrag besonders die Erhaltung und Herstellung eines kollektiven Gedächtnisses in unserer Generation. Nach dem französischen Kulturtheoretiker Maurice Halbwachs braucht das kollektive Gedächtnis so genannte Orte des Erinnerns zur Existenz, wobei Orte für Halbwachs nicht notwendigerweise immobil sind, sondern mehr als Reliquien oder Gegenstände aufgefasst werden können. Reines Wissen ist demnach nicht bewusstseinsstiftend. Es führt nicht zu der Identifikation, die für ein funktionierendes und reflektiertes Kollektivgedächtnis essenziell ist.

Das bedeutet auch, dass Relikte, die die Symbolik des Nationalsozialismus weiter tragen, seien sie historisch oder erst vor Kurzem hergestellt, auf keinen Fall zu etwas Alltäglichem werden dürfen. Diese Frage wurde am 24. Oktober 2008 an dieser Stelle bereits sehr kontrovers diskutiert. Das ist ein Grund mehr, sie in meine Rede aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf unser Verständnis von Denkmälern eingehen. Sie dienen zunächst natürlich dazu, den Betrachtern bzw. Besuchern zu selbstständiger Reflexion anzuregen. Dazu nutzen Sie oft Orte, an denen Geschichte stattgefunden hat, und stellen somit einen Bezug zum Beobachter her. Das ist etwas, was etwas Virtuelles nicht bewirken könnte, da hierbei die Distanz zwischen dem Beobachter und dem beobachtenden Objekt schlicht zu groß ist. Doch darf man auf dieser Grundlage nicht annehmen, dass historische Quelle dieselbe ehrfurchtgebietende Ausstrahlung haben; denn bei diesen muss der Bezug zu dem Rezipienten erst hergestellt werden. Ansonsten führt die

Lektüre zu nichts oder - das ist noch schlimmer - es wird eine Faszination für die Materie hervorgerufen.

Es ist also vonnöten, die Verarbeitung des Vermächtnisses des NS-Regimes durch Orte des Erinnerns so viel wie möglich zu unterstützen, besonders im schulischen Kontext. Gleichzeitig schafft die Distanz zur Nazi-Symbolik auch immer einen Reiz des Verbotenen.

Ein Ansatz, den ich für sehr vielversprechend halte, ist der europäische Dialog. Unsere Nation sollte, wo immer sich die Möglichkeit bietet, den Dialog mit anderen Nationen aufnehmen, um mit ihnen Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auszutauschen. Damit möchte ich nicht sagen, dass sich unsere Generation von der Verantwortung, die wir Deutsche ganz speziell haben, lossagen oder auch nur ein kleines Stück davon auf andere Schultern legen soll; im Gegenteil. Der Dialog mit Ländern, die Schuld und Verantwortung für den Antisemitismus nicht so erfahren haben wie Deutschland, soll für eine gestärkte Sensibilität sorgen.

Man könnte fragen, was der europäische Dialog mit Denkmälern zu tun hat. - Momentan überhaupt nichts. Um jedoch Identifikation zu erzeugen, brauchen wir etwas, das wie ein Denkmal funktioniert, doch nicht zum Nachdenken, sondern zum Reden anregt. Daraus lassen sich zwei Ansprüche ableiten, die wir an die Bildungspolitik des Landes, aber auch an die Bundesrepublik stellen können. Zum einen die Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten zu einer Struktur für eine offene europäische Debatte zum Thema Rechtsextremismus. Zum anderen die Schaffung von Freiräumen im Unterricht, um so schwer wiegende Themen ausreichend sowie mit einem Bezug zum Schüler zu behandeln und das in jeder Schulform. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank für deinen beeindruckenden Beitrag, Vincent Hesselmann. Möchte noch jemand zur Resolution das Wort nehmen? - Das sehe ich nicht. Damit können wir auch über diese Resolution abstimmen.

Meine sehr verehrten Jugendparlamentarier! Ich darf sicher auch im Namen meiner Kollegen sprechen. Wir nehmen mit großem Respekt das, was Sie heute vorgetragen haben, zur Kenntnis. Wir sind tief beeindruckt davon, wie Sie sich mit diesem geschichtsträchtigen Thema auseinandersetzen.

(Beifall von der Regierungsbank)

Sie setzen sich nicht nur mit diesem Thema auseinander, sondern auch damit, wie Sie gedenken, für die Zukunft mit diesem Thema umgehen zu wollen. Das Beeindruckende ist, dass Sie aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen, dass wir daraus Lehren ziehen. Insofern darf ich noch einmal ganz herzlich Danke sagen.

Wir kommen zur Beschlussfassung über die Resolution, die von den drei Fraktionen erarbeitet worden ist. Hierzu liegt die Drs. JP/2008/03 zur Abstimmung vor. Wer dieser Resolution seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich sehe große Einmütigkeit. Damit wurde diese Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Dafür darf ich ganz herzlich Dank sagen.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine sehr verehrten Schülerinnen, Schüler und Jugendparlamentarier! Damit haben wir das, was wir heute Morgen vereinbart haben, die Tagesordnung, abgearbeitet. Ich glaube, das war heute für alle ein beeindruckender Tag, insbesondere auch für uns - ich möchte das noch einmal betonen -, die hier jeden Tag Politik machen.

Sie haben gezeigt, wie politisch Sie sind. Ich kann Sie nur dazu ermuntern und dazu anregen, dass Sie so bleiben. Kommen Sie mit uns ins Gespräch! Fordern Sie uns! Das ist unsere herzliche Bitte auch über diesen Tag hinaus. Ich möchte Ihnen dafür, dass Sie konstruktiv und intensiv diskutiert haben und etwas zu Papier gebracht haben, Danke sagen. Sie haben sicher gespürt, dass es gar nicht so einfach ist, eine Mehrheit zu bekommen.

Ich möchte noch einmal das anregen, was wir vorhin in der Pause diskutiert haben. Vielleicht sollten aus diesem Jugendparlament auch Freundschaften entstehen, damit man sich an den Stellen, an denen man unterschiedlicher Auffassung ist, noch einmal zusammensetzt, sich trifft und sagt, lasst uns noch einmal darüber reden, damit keine Verletzungen bleiben. Das würde ich Ihnen mit auf den Weg geben wollen. Ich glaube, das ist auch ein guter Stil, miteinander umzugehen, insbesondere bei einem solchen Thema.

Noch einmal zur Sachlichkeit: Ich habe die herzliche Bitte an die Verwaltung, dass Sie das, was wir beschlossen haben, in die Form bringt, die im Landtag üblich ist, ohne einen Deut am Inhalt zu verändern. Dafür würde ich gern um Ihre Zustimmung bitten. - Ich sehe, Sie nicken.

Die vom Jugendparlament mit Mehrheit angenommenen Anträge werden allen Mitgliedern unseres Hauses, allen Abgeordneten und auch der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Mit Sicherheit werden wir uns mit diesem Thema weiterhin auseinandersetzen.

Ich darf mich herzlich bedanken, insbesondere bei den Akteuren, den Fraktionen des Gymnasiums Martineum Halberstadt, der Berufsbildenden Schulen I Magdeburg und der Landesschule Pforta. Ich darf mich auch herzlich bei den Lehrerinnen, Lehrern und Schulleitern bedanken, die es ermöglicht haben, dass wir die heutige Diskussion auf einem so hohen Niveau führen konnten. Ich darf mich natürlich auch bei den Moderatoren der Diskussionsforen bedanken. Das ist auch nicht einfach gewesen. Ich und auch andere Kolleginnen und Kollegen sind in den Foren gewesen. Mein herzlicher Dank gilt meinen Kollegen aus dem Landtag, den Vertretern der Landesregierung und natürlich nicht zuletzt auch den Damen und Herren der Verwaltung, die sich viel Mühe gegeben haben, damit wir eine Basis finden, auf der wir gemeinsam auf diesem Niveau diskutieren konnten.

Besonderer Dank gilt meinen Mitstreiterinnen, die mir das Arbeiten sehr leicht gemacht haben, die heute hier an meiner Seite saßen und Sie durch den Tag begleitet haben. Dafür einen ausdrücklichen Dank an meine Schriftführerinnen und Schriftführer; das war großartig.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche Ihnen alles Gute. Bleiben Sie so wie Sie sind. Es war ein großartiger und beeindruckender Tag für uns. In diesem Sinne schließe ich das Jugendparlament 2008. - Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Schluss der Sitzung: 14.14 Uhr.

Schüler diskutieren im Jugendparlament über das Erinnern an den Nationalsozialismus

"Ich hätte nicht gedacht, dass es so schwierig ist, andere zu überzeugen"

Schüler aus Magdeburg, Halberstadt und Bad Kösen sind gestern im Landtag zum 9. Jugendparlament zusammengekommen. Erstmals gab es ein inhaltliches Oberthema: Anlasslich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht diskutierten die Jugendlichen unter dem Motto "Erinnern für Gegenwart und Zukunft". Ergebnis ist eine gemeinsame Resolution der Schülerfraktionen.

Von Elisa Sowieja

Magdeburg. Die linke Hand am Kinn, den rechten Arm auf der Stuhllehne, die Augen leicht zusammengekniffen der Fraktionsvorsitzende René Aderhold ist hochkonzentriert. Er sitzt in der ersten Reihe des Plenarsaals im Landtag und lauscht den Argumenten einer anderen Fraktion. Thema: Denkmäler als Erimerung an den Nationalsozialismus. Gleich wird er das kleine weiße Abstimmungskärtchen heben, das vor ihm auf dem Tisch liegt – wie ein richtiger Politiker.

Der 21-jährige Schüler gehört zu den Abgeordneten im 9. Jugendparlament. Insgesamt 90 Jugendliche im Alter von 16 bis 21 Jahren hatte der sachsen-anhaltische Landtag gestern eingeladen. Sie kamen vom Martineum Halberstadt, von der Landesschule Pforta in Bad Kösen und – wie René Aderhold – den Berufsbildenden Schulen I Eike von Repgow Magdeburg. Jede Schule bildete eine Parlamentsfraktion. "Ziel solch eines Tages ist es, junge Menschen parlamentarische Abläufe hautnah erleben zu lassen", erläutert Ursula Lüdkemeier, Pressesprecherin im Landtag.

Während in den vergangenen Jahren stets mehrere Themen auf der Tagesordnung standen, hatte der Landtag den jungen



Die jungen Parlamentarier stimmen mit weißen Kärtchen über die gemeinsame Resolution der Fraktionen ab.

Foto: Elisa Sowieia

Abgeordneten in diesem Jahr das Oberthema "Erinnern für Gegenwart und Zukunft" vorgegeben. "Wir haben den 70. Jahrestag der Reichspogromnacht zum Anlass genommen, herauszufinden, welche Vorstellungen Jugendliche zum Erinnern an die Geschehnisse im Nationalsozialismus haben", erklärt Ursula Lüdke-

Im Vorfeld hatten Vertreter der Schulen in einem Workshop einen gemeinsamen Resolutionsentwurf mit allgemeinen Forderungen zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und rechtsradikalem Gedankengut erarbeitet. "Wir erwarten neue Konzepte für die politische Bildung der Jugend", heißt es dort zum Beispiel

heißt es dort zum Beispiel.
Ausschuss- und Fraktionssitzung am Vormittag, Parlamentssitzung am Nachmittag
– Landespolitiker würden da
wohl an ihre Grenzen stoßen.
Die jugendlichen Parlamentarier mussten allerdings im
Zeitraffer arbeiten. In der
Parlamentssitzung lief aber
alles wie bei den "echten" Politikern ab. Landtagspräsident
Dieter Steinecke übernahm
die Eröffnung, die Abgeordneten stimmten immer nach

dem vorgeschriebenen Schema ab, niemand durfte ohne Mikrofon das Wort ergreifen. So glatt wie die Ansprachen der Fraktionsvorsitzenden Jürgen Scharf (CDU) oder Katrin Budde (SPD) klangen die der Jugendlichen gestern zwar noch nicht – dafür aber hochmotiviert.

Nach vier Stunden Diskussion in den Gremien standen die Ergebnisse des Jugendparlaments fest: eine allgemeine Resolution und drei Beschlüsse zu den Themen Denkmäler, Leitbilder für Schulen und Bildungsfahrten zu Gedenkstätten. Diese werden nun als

Empfehlungen an Landesparlament und Landesregierung weitergegeben.

"Ich hätte nicht gedacht, dass es so schwierig ist, andere von unserer Meinung zu überzeugen", erzählt René Aderhold, als sich der Plenarsaal lichtet. "Besonders bei der Ausschussitzung hat sich eine Fraktion immer wieder gegen unsere Beschlussvorlage ausgesprochen, obwohl wir unsere Argumentation logisch fanden." Am Ende hat die Mehrheit dann doch für die Vorlage gestimmt. Zum ersten Mal an diesem Tag kann sich René Aderhold entspannt zurücklehnen.

Geschichte als stetige Wahnung

90 Schülerinnen und Schüler diskutierten im Jugendparlament zum Thema Reichspogromnacht

Magdeburger Berufsbildenden

Schule I "Eike von Repgow" dem Gymnasium "Martineum" in Halberstadt und der Landesschule Pforta bildeten die drei Jugendparlamentes im Landtag

zum neunten Mal wurde der politische Austausch von Jugend-

Sachsen-Anhalt.

Fraktionen des diesjährigen

lichen des Landes ermöglicht, diesmal stand durch gegebenen restages der Reichspogromnacht November 1938) im Zentrum ren und Beschlüssen im Plenar-

Anlass die Wiederkehr des Jah-

des Interesses in Diskussionsfo-

Mädchen und Jungen aus der

Magdeburg (smü). Neunzig

kömmlich mache. Wichtig sei, druck hinterließen, wenn sie auf und Verbrechen aufmerksam chen. Ihr mahnender Charakter sei es, der ihre Existenz unabdass sie einen bleibenden Eindie Dimensionen von Unrecht

"Die Reichspogromnacht hat ein Informationsangebot gehören, durch das sich gewonnene machen; zu ihnen sollte immer Eindrücke vertiefen ließen.

auch in unserer Zeit für die künftigen Generationen weder an Bedeutung noch an Relevanz ausdrücklich an ihre politischen wandten. Diese besondere Zeit heutige Jugend und für die zuverloren", hieß es in der vom deten Resolution, mit der sich die jungen Frauen und Männer Landesebene sondern eine stete Mahnung, wie Jugendparlament verabschiesei nicht nur bloße Geschichte, auf Vertreter

jederzeit Menschen- und Bürger-Daher fordern die Jugendparlamentarier eine Verpflichtung der Schulen, sich mit dem Thema Nationalsozialismus im Unterrechte verloren gehen können richt sowie bei darüber hinausgehenden Angeboten auseinan-

> denhass und Rechtsextremismus schließlich zu einer Befürwor- denkstätten sowie eine Resolution, mit der tung. Aus der Mitte der Schü- Schüler werd Diskussionsforen und kamen schiedene Anträge zum Thema Auseinandersetzung mit Fremerarbeiteten gemeinsam ver-Vor siebzig Jahren brannten in Deutschland die Synago-gen, wurden zahllose Geschäfte freiheit. Die drei von ihren Schuzerstört, viele Menschen allein vierung des rassenideologischen aufgrund ihrer jüdischen Glau-Die späterhin "Reichskristallgenannte Aktion der nationalsozialistischen Tyrannen unter Adolf Hitler war nicht der Auftakt, wohl aber die Intensi-Kampfes gegen die Demokratie, Liberalität und Glaubensermordet benszugehörigkeit

treffen, wie sich die Schüle-Sollten Schulen grundsätzlich

abgesandten Fraktionen sismus in Form eines Leitbildes demokratisches und freidenken- lung von Wissen sowie zur kri- onen gegen Rechtsextremismus des Wesen in ihrer Bildungsein- tischen Auseinandersetzung mit zu informieren; sie fordern eine geben?, fragten sich die jungen des Wesen in ihrer Bildung Abgeordneten im ersten der drei richtung einsetzen können.

derzusetzen; sie appellieren an die Medien, verstärkt über Akti-

sowie ersolution, mit der tung. Aus der Mitte der Schüler werden sollten, disku- formierter oder Desinteressier- Bildung in und an Schülen. Die die jugendlichen Abgeordneten lerschaft heraus soll dieses Leit- tierten die Teilnehmer im zwei- ter sei wichtige Aufgabe, um sie Stärkung des Demokratiebe- eine Stärkung des Bewusstseins bild – einem Grundgesetz für die ten Forum. Hier wie auch spä- nachhaltig auf den Weg des de- wusstseins und -verständnisses gegenuber dem Nationalsozia- Schule vergleichbar – entstehen ter im Plenarsaal votierten die mokratischen Rechtsstaates zu sei die Grundvoraussetzung für Ob Bildungsfahrten zu Ge- beitrügen. und klare Aussagen darüber Jugendparlamentarier aus dem lenken. Pflicht für alle Grund dafür, dass Bildungs-

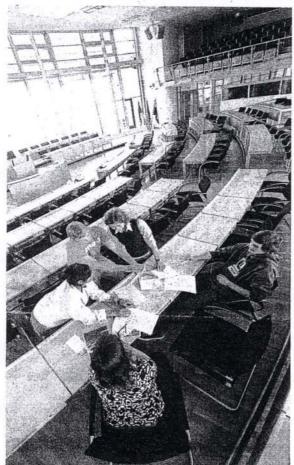
der deutschen Vergangenheit Ausweitung der staatlichen Jugendsozialarbeit und erwarten Das "Mitnehmen" Falschin- neue Konzepte für die politische

Zu guter Letzt wurde der Nut- ohne rechtsextremes Gedankenklare Stellungnahmen zu Ras- rinnen und Schüler aktiv für ein fahrten wesentlich zur Vermitt- zen von Denkmälern bespro- gut. 6,

ein friedliches Zusammenleben

Jugend zieht in Landtag ein

REICHSPOGROMNACHT Die Geschehnisse vom 9. November 1938 stehen auf der Tagesordnung des Parlaments. Dort debattieren am Freitag rund 100 Schüler.



Schüler sahen sich vor der Debatte im Landtag um.

FOTOS: ANDREAS STEDTLER



Maria Schnepper und Vincent Heßelmann üben im Landtag.

AGDEBURG/MZ - Die Reichspogromnacht vom 9, auf den 10. November 1938 - ein Thema, über das es sich debattieren lässt? 70 Jahre nach den grauenhaften Geschehnissen als hunderte Juden von den Nazis ermordet und Synagogen in Brand gesteckt wurden -, steht das Ge-schichtsdatum auf dem Programm des Jugendparlaments im Landtag von Sachsen-Anhalt. Für den 15-jährigen Vincent Heßelmann, der mitdiskutiert, ist dabei der Bezug zur Gegenwart klar: "Wenn heute jemand 'Ausländer raus' sagt, dann könnte er auch der Auffassung sein 'Das hat damals die richtigen getroffen'." Deshalb fin-det er: Über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus muss intensiv gere det werden.

det werden.
Genau das soll am Freitag passieren. "Das Datum sollte Anlass dafür sein, dass wir uns fragen, was es für uns heute bedeutet", erklärt Landtagssprecherin Ursula Lüdkemeier, die das neunte Jugendparlament mitorganisiert. Insofern sei dieses Treffen von Schülern aus Mægdeburg Halbertadt. lern aus Magdeburg, Halberstadt und Schulpforte (Burgenlandkreis) ein ganz besonderes. In der Verein ganz besonderes. In der Vergangenheit hatten die Teilnehmer ihre Themen wie den Führerschein mit 17 stets selber gewählt. "Und es gab immer hitzige Diskussionen", erinnert sich Lüdkemeier.
Für einen Tag befindet sich der Plenarsaal fest in der Hand von und 100 lurgerdliches Fisies Wit

rund 100 Jugendlichen. Einige Mit-glieder des Landtages - darunter Präsident Dieter Steinecke - werden zwar mitdiskutieren, haben je-doch kein Stimmrecht. Die Themen doch Kein Stimmrecht. Die Themen und Beschlüsse werden später der Landesregierung zur Beachtung übergeben. "Die Fraktionen neh-men sie teils auch in ihre Diskus-sionen auf", sagt Lüdkemeler. Probe sitzen konnten die Jung-parlamentarier bereits bei einem Vorbereitungs-Workshop. Da wur-

BUNDESTAG

den Fráktionen gebildet, eine Reso-lution gegen Fremdenfeindlichkeit erarbeitet und einstimmig befun-den: Abgeordnetenstühle sind be-quemer als die in der Schule. Die Debatte am Freitag wird dies wo-möglich nicht, wie Diskussionsfo-ren zeigten. Da ging es auch dar-um, ob Bildungsfahrten zu Gedenk-stätten für alle Schüler Pflicht sein sollten. Vincent Heßelmann will eine Rede zum Umgang Jugendlicher mit der Geschichte halten. Dabei setzter auf seine Redegewandtheit. Schließlich ist er ein Fan von De-battierclubs - und war schon bei mehreren dabei.

"Die Politik ist für mich später auf jeden Fall eine Option.

Vincent Heßelmann Jugendparlament

Auf die 18-jährige Maria Schnepper - sie kommt wie Vincent von der Landesschule Pforta - hat der Landtag beim Workshop indes fast Landtag beim Workshop indes fast einschüchternd gewirkt: "Da hat man schon Ehrfurcht und Respekt davor, etwas zu sagen." Dass sie es trotzdem tun wird, scheint sicher. Denn sie hat etwas zu sagen: Für sie sei es selbstverständlich, sich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auszuspregegen Rechteskremismus und Fremdenfeindlichkeit auszuspre-chen, doch: "Meiner Meinung nach kann man ein Problem nur lösen, wenn man die Motive derer kennt, die es verursachen." Deshalb for-dert sie, dass sich Politik und Gesellschaft mit rechtsextremen Ten-denzen noch häufiger kritisch auseinander setzen - und diese nicht ignorieren. Vincent Heßelmann sieht im Ju-

gendparlament auch eine Möglichkeit für sich selbst "Türen aufzusto-Ben". Beim Jugendparlament ist er daher nicht zufällig gelandet. "Die Politik ist für mich später auf jeden Fall eine Option."

Streit um gemeinsamen Antrag

Zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht hat der Bundestag gestern ein Signal gegen Antisemitismus gesetzt: Mit breiter Mehrheit verpflichteten sich die Abgeordneten zu verstärktem Kampf gegen Judenfeindlich-keit. Die Gemeinsamkeit der Parteien wurde dadurch beeinträchtigt, dass die Union die fraktions-übergreifende Resolution nicht zusammen mit den Linken einbringen wollte. Daraufhin brachte die Linksfraktion den Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen nochmals wortgleich ein. Der innenpolitische Sprecher der CDU/ CSU-Fraktion, Hans-Peter Uhl (CSU), griff die Linke an. Er wirft ihr seit langem vor, in ihren Reihen verkappte Antisemiten zu dulden.

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, die Programme gegen Antisemitismus auf Dauer zu finanzieren und zu verstärken. Anlass ist der Jahrestag der Reichspo-gromnacht vom 9. November 1938. Damals zerstörten die Nazis Synagogen, Geschäfte und Woh nungen jüdischer Bürger und brachten Hunderte um.

Gedenkfeier, Gebet und Jugendparlament

wird in Sachsen-Anhalt der denkstätten. Auch Mitglieder Opfer der Pogromnacht vor 70 Jahren am 9. Novermber 1938

Halberstadt und Pforta kommen heute zum Jugendparla-Sie diskutieren über die aktuelle Bedeutung der Reichspogromnacht und erarbeiten Vor-

von Landtag und Landesregierung nehmen teil.

In der Johanniskirche in schluss führt ein Schweigezerstörte Synagoge in der Julius-Bremer-Straße. Im Novem-

Nach Angaben der Martin-Luther-Universität Halle-Witdem Universitätsplatz eine Geber 1938 waren in Magdeburg des Bürgermeisters der Stadt nisfeier statt. die Synagoge sowie jüdische Halle verbrannt worden. Die

Magdeburg (es/ddp). Mit schläge, beispielsweise zum Geschäfte im Stadtzentrum Initiative zur Verbrennung war ehreren Veranstaltungen Thema Bildungsfahrten zu Ge- zerstört worden. gegangen.

Mit Ansprachen und Gebetenberg wird am Sonntag auf ten wird in Dessau-Roßlau an der Stele in der Askanischen JO Schüler aus Magdeburg, Magdeburg findet am Sonntag denktafel zur Erinnerung an Straße der jüdischen Opfer der eine Gedenkfeier statt. Im An- die Bücherverbrennungen im Gewaltnacht gedacht. Das Mai 1933 enthüllt. Tausende Mahnmal erinnert an die zerment im Landtag zusammen. marsch zum Denkmal für die Bücher waren am 12. Mai 1933 störte jüdische Synagoge. Im unter Billigung und Beifall des Anschluss findet in der Mari-Rektors der Universität sowie enkirche eine zweite Gedächt-

Augenzeugenberichte dokumentieren Terror gegen deutsche Juden vor 70 Jahren

Reichspogromnacht aus Sicht der Opfer

Von Christian Andresen

richten kann, ist schwach L Agegen die Wirklichkeit." In diesem verzweifelten Satz kulminiert der Bericht einer Berlinerin über den 9. und 10. November 1938 in der Reichsuptstadt - über die Zerstöagswut und Gewalt in der sogenannten Reichskristallnacht, die heute meist als Reichspogromnacht bezeichnet wird. Die Ereignisse sind bestens dokumentiert durch eine Sammlung Augenzeugenberichte. Zusammengetragen hat sie das damals in Amsterdam ansässige Zentrale Jüdische Informationsbüro von Alfred Wiener. Jetzt da sich das Datum zum 70. Mal jährt - werden die 356 Berichte erstmals als Buch veröffentlicht.

Die "arische" Berlinerin etwa berichtet, wie Gruppen von Nazis in Zivil mit Eisenstangen und Beilen in die jüdischen Geschäfte eindringen. "Kleider,

Pelze, Schreibmaschinen, Lampen, Garderobenständer, ja sogar Blumentöpfe aus den großen Verkaufsräumen wurden auf die

bis 6 Uhr klirrten die Scheiben. Auf den Straßen häuften sich

Berge von Glas."

Äußerer Anlass ist das Attentat des Juden Herschel Grünspan auf einen Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath, am 7. November. Am selben Abend stecken Nazis in Kassel und Umgebung die ersten Synagogen in Brand. Nach einem indirekten Pogromaufruf von Propagandaminister Josef Goebbels an die NSDAPund SA-Führung erreicht die Terrorwelle am 9. und 10. November ihren Höhepunkt und hält bis zum 13. an.

Die Zerstörungswut richtet sich nicht nur gegen Synagogen und Geschäfte, sondern vor allem die Juden selbst. "Nachts um halb vier haben die Horden mit der Axt die Haustür einge-

schlagen", berichtet aus Nürnberg Kurt Wachtel. "In den Wohnungen wurde alles kurz und klein geschlagen, Teppiche und Bilder zerschnitten, nichts

lles, was man davon be- Straße geworfen ... Von 1 Uhr blieb heil. Dann ... schlugen (sie) den Vater blutig, gaben der Mutsie dann die Treppe herunter."

In Düsseldorf werden die Juden "in Pyjamas und Nacht-"Sie wurden gezwungen, ohne Fußbekleidung durch die überall verstreuten Glasscherben zu gehen." Anderen ergeht es noch können, auch noch bezahlen. schlimmer, etwa in Lünen bei Dortmund: "Im gegenüberlieim Bett. Bevor er flüchten konnte, erhielt er durch die Decke einen Bauchschuss und starb nach vier Stunden."

Ein Versteck zu finden, ist kaum möglich. "Straßenbahnen,

Autos wurden angehalten und die Passanten, soweit sie jüdisch waren, verhaftet", berichtet der Zeuge Eugen Wolf aus Frankfurt am Main. Tagelang streifen Juden deshalb trotz Kälte durch die nahen Taunus-Wälder.

Mehr als 400 Menschen werden erschlagen, erschossen oder ter einen Tritt in den Leib, so in den Selbstmord getrieben. dass sie eine innere Verletzung Mehr als 30 000 kommen ins KZ. davongetragen hat, und warfen Über 1400 Synagogen werden zerstört oder stark beschädigt. "Die Reichskristallnacht bildete den Scheitelpunkt des Wegs zur hemden aus den Betten geholt Endlösung", sagt der Historiker und abgeführt", wie ein anderer Wolfgang Benz. Die Beseitigung Zeuge, Hans Goslar, notiert. der angerichteten Schäden müssen die Juden, die sich nur noch durch Auswanderung vor der drohenden Vernichtung retten

Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London. Hergenden Haus lag ein alter Mann ausgegeben von Ben Barkow, Raphael Gross und Michael Lenarz. Jüdischer Verlag, 921 S., 39,80 Euro, ISBN 978-3-633-54233-8, erscheint am 10.11.

Magdeburger Volksstimme / 07.11.2008



IM PRESSUM: Der Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt Herausgeber: Landtag von Sachsen-Anhalt, Ref. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll Domplatz 6 - 9 39104 Magdeburg Redaktion/Bestelladresse: Fon 0391|560|1226 Fax 0391|560|1123 land taggit sachsen-anhalt de www.landtag.sachsen-anhalt.de Fotos: Victoria Kühne, Klapper - Magdeburg signum Halle (Saale) Gestaltung: